



**Ausschuss für Schule und Bildung (101.),
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)**

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

7. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:54 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU) (ASB)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

**Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbst-
bestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und
Bildungsoffensive!**

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13777

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungs-offensive!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13777

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzende Kirstin Korte: Verehrte Damen und Herren! Ich darf Sie ganz herzlich zur 101. Sitzung des Schulausschusses und zur 71. Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend begrüßen.

Als Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung begrüße ich ganz besonders die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend.

Der Gruß aller Abgeordneten gilt den sachverständigen Damen und Herren, die freundlicherweise zu uns in den Plenarsaal gekommen bzw. per Video zugeschaltet sind.

Ich darf Sie zunächst mit einigen formalen Dingen konfrontieren. Wir alle kennen unsere pandemischen Regeln, die ich Ihnen nicht noch einmal vorlesen werde. Behalten Sie bitte die Plätze bei, und tauschen Sie sie nicht. Maskenpflicht besteht hier im Gebäude. Solange Sie am Platz sitzen, können Sie die Maske absetzen.

Wie im Ausschuss für Schule und Bildung mittlerweile üblich verzichten wir auf Eingangstatements; das ist Ihnen auch so kommuniziert worden. Wir haben uns darauf verständigt, dass jede Fraktion pro Fragerunde eine Frage an maximal drei Sachverständige stellt. Die Sachverständigen bitte ich, bei ihren Antworten den Blick auf die Uhr zu haben. Nach drei Minuten werde ich Sie auf die Zeit aufmerksam machen. Dafür bitte ich um Verständnis. Wir wollen mit Ihnen in einen intensiven Austausch kommen, deswegen ist unser Ansatz: kurz und knapp.

Die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten darf ich bitten, daran zu denken, dass die Sachverständigen hier sind, um uns etwas mitzuteilen. Unsere politischen Auseinandersetzungen führen wir im Ausschuss. Wir alle wollen hier etwas mitnehmen und sollten uns nicht in Inhalten unterschiedlicher politischer Farbrichtungen verlaufen.

Jochen Ott (SPD): Herzlichen Gruß an die Sachverständigen. Schön, dass Sie da sind. Herzlich willkommen hier in Düsseldorf!

Meine erste Frage richtet sich an Frau Professorin Stöbe-Blossey, Herrn Professor Böttcher und Herrn Schön. Uns treibt besonders die Frage nach der Bildungsgerechtigkeit um und die Frage, warum immer noch die soziale Herkunft so maßgeblich über den Bildungserfolg unserer Kinder entscheidet; Herr Böttcher hat in seiner Stellungnahme explizit darauf hingewiesen. Inwiefern hat der vorliegende Antrag das Potenzial, Bildungsgerechtigkeiten in Nordrhein-Westfalen entgegenzuwirken?

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)

07.09.2021

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Ja, der Antrag hat das Potenzial, und zwar weil er das Thema „Familien- und Bildungspolitik“ miteinander verknüpft. Das Aufwachsen in der Familie hat ganz erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. 100%ig wird kein Bildungssystem in der Lage sein, diese Auswirkungen auszuschalten, denn niemand von uns wird Eltern daran hindern, ihre Kinder so gut zu fördern, wie sie es nun einmal tun können. Es kommt darauf an, dass das Bildungssystem möglichst viel kompensiert. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass das Bildungssystem die Familien möglichst gut bei dem unterstützt, was sie selber tun können. Ich meine damit nicht, dass Eltern ihren Kindern Nachhilfe geben sollten, ganz im Gegenteil. Dass Eltern in unserem Schulsystem oft in diese Rolle gedrängt werden, ist einer der Gründe für Bildungsungerechtigkeit. Man sollte die Eltern in ihrer gesamten Lebenssituation unterstützen, damit sie ihren Kindern guten Halt und damit gute Bildungschancen bieten können. Die Kinder sollte man nicht nur in der Rolle der Schülerin, des Schülers betrachten, sondern als ganzheitliche Persönlichkeit und damit die Familie insgesamt in den Blick nehmen.

Allein die Tatsache, dass die beiden Ausschüsse hier gemeinsam tagen und mit dem Antrag die Themen „Bildung“ und „Familie“ zusammendenken, ist schon ein Wert an sich in Richtung Bildungsgerechtigkeit.

Markus Schön (Stadt Krefeld): Ich möchte an die Ausführungen von Frau Professorin Stöbe-Blossey anknüpfen. Eine Stärke des Antrags ist, wenn man mit dem Familienzentrumsgedanken an die Grundschulen herangeht, dass man gerade die neuralgischen Übergänge in den Blick nimmt. In der Grundschule ist es noch eine intensivere Begleitung der Kinder und Jugendlichen, so wie wir es aus der Kita kennen.

Ich habe in meinem Gutachten geschrieben, dass man vielleicht sogar noch einen Schritt weitergehen und das Thema „Grundschule, Kita, Familienzentrum unter einem Dach“ noch mehr zusammendenken könnte. Aus der Begleitforschung etwa zu kommunalen Präventionsketten ist ersichtlich, dass gerade die Übergänge in der Bildungsbiografie – von der Kita in die Grundschule, von der Grundschule in die weiterführende Schule – die neuralgischen Punkte sind. Wir müssen überlegen, wie wir die Kinder und Jugendlichen mit spezifischen Bedarfen hier noch stärker an die Hand nehmen können.

Insofern ist die Idee der Bildungslotsinnen und -lotsen grundsätzlich zu begrüßen. Man muss nur aufpassen, dass man keine Doppelstrukturen schafft, sondern das etwa durch eine gut ausgestattete Schulsozialarbeit auffangen kann.

Eine gute Ausstattung führt mich zu der Hauptthese, die mir aus kommunaler Sicht natürlich wichtig ist. All das kostet Geld. Gerade im Schulbereich hängt es momentan oftmals von den kommunalen Haushalten ab, wie gut Schulen ausgestattet sind – in der Bildungsinfrastruktur, im Schulbau, gerade im Offenen Ganztage. Die zentrale Forderung ist, das Schulsystem, das Bildungssystem insgesamt kommunalseitig für die Schulträger so auskömmlich auszustatten, dass man sämtliche Bedarfe abfangen kann, dass es nicht vom Haushalt der einzelnen Kommune abhängt, wie gut und

qualitätsvoll zum Beispiel eine OGS-Betreuung ist. Das schafft dann wirklich Ungerechtigkeiten, so wie wir sie heute sehen.

Wenn wir jetzt alle – seit gestern Abend wissen wir das – auf den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule ab 2026 hinarbeiten müssen, ist eines klar: Eine OGS-Ausstattung auf einer reinen Erlasslage kann es dann nicht mehr geben. Dann braucht es verbindliche gesetzliche Vorgaben, die eine auskömmliche quantitative und qualitative Ausstattung im Ganztagsbereich sicherstellen, und das unabhängig von den kommunalen Haushalten.

Ich habe jetzt noch gar nicht über den Schulbau an und für sich gesprochen, die räumliche Ausstattung. Dazu möchte ich auf die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände verweisen, des Städtetags, in der steht, dass deswegen dringend noch einmal über die Schulfinanzierung als solche gesprochen werden muss. Es liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, in ein Dialogverfahren zwischen Kommunen und Land einzusteigen. Das gilt es dringend aufzunehmen. „Gute Schule 2020“ ist lange aufgebraucht und ausgegeben. Jetzt muss man „Gute Schule 2025/2030“ auflegen, damit wir vor Ort als Schulträger die notwendigen Finanzen haben, um die Infrastruktur für bestmögliche Bildung und den Abbau von Bildungsungerechtigkeiten schultern zu können.

Prof. Dr. Wolfgang Böttcher (WWU Münster, Institut für Erziehungswissenschaft):

Herr Ott hat gefragt, ob die Maßnahmen, die in dem Kapitel „Chancengleichheit“ aufgelistet sind, zu mehr Chancengleichheit beitragen als in der Vergangenheit. Ich würde sagen: Ja, das tun sie. Die Maßnahmen gehen allesamt in die richtige und gleiche Richtung, sie tragen zur Reduktion von Bildungsungleichheit bei.

Ich will nicht sagen, dass es nicht noch andere Maßnahmen gäbe, die möglicherweise auch noch wirksamer wären, aber die hier gelisteten Maßnahmen haben den großen Vorteil, dass sie konkret sind. Sie sind jenseits von allgemeinen Bekundungen wie: Es muss alles anders, alles besser, alles schöner werden. – Wir haben es hier mit konkreten Maßnahmen zu tun, die sicherlich in der Umsetzung noch weiter konkretisiert werden müssten.

Ich möchte ergänzen: Sie müssten auch von Anfang an evaluiert werden. Das sage ich nicht nur, weil ich viele Jahre lang Vorsitzender der deutsch-österreichischen Gesellschaft für Evaluation war, sondern weil wir nur dadurch sicherstellen können, dass die Maßnahmen auch erfolgreich sind. Aus erfolgreichen Maßnahmen können wir aufskalieren, also erfolgreiche größere Projekte machen.

Wichtig ist – da muss ich mich meiner Vorrednerin und meinem Vorredner deutlich anschließen – die Idee, Schule und Familie zusammenzubringen. Das ist ein zentraler Punkt, auch für dieses Papier, auch für die Reduktion von Chancenungleichheit. Denn man muss feststellen: Die meiste Bildung wird nicht in der Schule erzeugt. Wir haben immer die Idee, die Schule ist die Hauptverantwortliche für das, was aus Kindern wird, weil sie professionelle Pädagogik macht. Nein, es sind die Familien. Es ist das Umfeld der Kinder, die Peers, die Kolleginnen und Kollegen, die Jugendlichen, mit denen sie in Kontakt sind, von denen sie lernen. Auf der Grundlage entwickeln sie sich.

Ein letzter Punkt: Was mich als jemand, der bei den großen Chancenungleichheitsforschern der 70er-Jahre gelernt hat, bei H.-G. Rolff und Klaus Klemm, immer ärgert – auch bei dir, Jochen –, ist, die Idee der Gerechtigkeit nach oben zu stellen. „Gerechtigkeit“ nur so benutzt ist eine leere Formel. Ich muss diskutieren: Was meine ich mit „Gerechtigkeit“? Die Reformer, diejenigen, die das nicht so stehen lassen wollen, wie es ist, halten uns vor Augen, dass wir laut PISA unter den befragten Ländern im Hinblick auf die Reduktion von Ungleichheit nunmehr auf Platz 33 von 36 sind. Wer das ändern möchte, der muss ganz deutlich aussprechen: Es ist Chancenungleichheit. – Und diese Chancenungleichheit ist ungerecht.

Claudia Schlottmann (CDU): Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen! Schön, dass Sie heute hier sind. Es ist vor allen Dingen schön, dass wir Sie weitestgehend in Präsenz sehen können.

Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Warnke und an Herrn Schön. Die Bildungsgerechtigkeit oder das Aufheben der Chancenungleichheit, wenn ich Ihnen jetzt folge, ist ein Ziel, das uns wohl alle verbindet. Uns ist es daher besonders wichtig, dies zu stärken, beispielsweise durch die Einführung des schulscharfen Sozialindex oder von Talentschulen. Wie bewerten Sie diese Maßnahmen in Bezug auf eine Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit, wenn ich bei diesem Begriff bleibe, für Kinder?

Dr. Markus Warnke (Wübben Stiftung): Ich beginne mit der Frage nach dem Sozialindex. Die jetzige Regierung hat die von der Vorgängerregierung schon eingeführte Kategorisierung von Schulen in Standorttypen noch einmal modelliert und die Schulen in neun Kategorien eingeteilt. Es ist grundsätzlich die richtige Herangehensweise, Bildungsinstitutionen nach ihrer jeweiligen Situation zu bewerten, zu beurteilen und zu schauen, ob Ressourcen bedarfsgerecht gesteuert werden können und sollten. Schulen in herausfordernden Lagen brauchen auch besondere Unterstützung. Deswegen ist das erst einmal der richtige Weg.

Die Grundidee der Talentschulen ist sicherlich erst einmal gut gedacht, gerade in sozialräumlich deprivierten Lagen genau hinzuschauen und diesen Schulen eine besondere Unterstützung zukommen zu lassen. In der genauen Ausführung – das zeigt die Praxis – kann man sicherlich noch das eine oder andere nachschärfen, aber der Grundgedanke ist erst einmal richtig.

Markus Schön (Stadt Krefeld): Ich kann mich Herrn Dr. Warnke weitestgehend anschließen, gerade was die Talentschulen anbelangt. Das ist ein guter Grundgedanke. An der einen oder anderen Stelle, gerade was den Ressourceneinsatz anbelangt, gibt es sicherlich noch Luft nach oben, ganz vorsichtig gesagt.

Zu den einrichtungsscharfen Schulsozialindizes: Das ist völlig richtig. Es ist genau der richtige Ansatz, Ungleiches ungleich zu behandeln. Man muss es natürlich letztlich vertreten können. Ressourcen werden immer endlich sein, auch wenn es insgesamt mehr geben sollte. Wenn ich gerade Schulen mit spezifischen Handlungsbedarfen, die in Sozialräumen mit großen Handlungsbedarfen liegen, mehr Ressourcen zuschalte,

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

vor allem in personeller Hinsicht, dann muss ich mich auch dazu bekennen, dass Schulen in Sozialräumen mit weniger Handlungsbedarfen weniger Ressourcen erhalten. Das muss ich dann erklären.

Ich glaube, das ist der richtige Ansatz, aber man muss ihn auch durchhalten. Rein aus der Einführung des Sozialindex heraus folgt ja noch nichts. Das ist nur dann konsequent, wenn es verbindlich für die Ressourcenzuordnung ist, wenn es auch einen Automatismus gibt, der sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite durchgehalten wird.

Alexander Brockmeier (FDP): Von der FDP-Fraktion herzlichen Dank an die Sachverständigen für die bisherigen Ausführungen.

Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Warnke und Frau Professorin Stöbe-Blossey. Wir haben den Eindruck, dass es bei dem SPD-Antrag sehr viel um Wahlkampfklammer geht und bisherige Projekte völlig außer Acht gelassen werden. Deswegen möchte ich Sie gerne nach Ihren Erfahrungen hinsichtlich der Familiengrundschulzentren fragen. Wie läuft es da? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Dr. Markus Warnke (Wübben Stiftung): Gemeinsam mit der Stadt Gelsenkirchen haben wir im Jahr 2014 tatsächlich begonnen, den Grundgedanken der Familienzentren im Kindergartenbereich auf den Grundschulbereich zu übertragen. Die Grundidee war damals: Wir übertragen einfach den Kriterienkatalog, den es im Kindergartenbereich gibt, eins zu eins wir auf die Schule. Relativ schnell war klar, dass das nicht so einfach funktioniert.

Daraus ist im Prinzip dieses Projekt entstanden, immer mit dem Ansatz, keine neue Struktur zu schaffen, sondern der Grundgedanke war, dass alle, die in und an Schule tätig sind, also die klassischen Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter, Ganztagsbetreuung usw., vereint an einem Ziel arbeiten, nämlich die Eltern als zentrale Bildungsakteure einzubinden – Herr Böttcher sagte es gerade –, sie einzuladen, zu qualifizieren, zu begleiten, sie anzusprechen. Dahinter konnten sich alle versammeln. Gemeinsam wurde ein großes Schulentwicklungsprojekt angelegt, durchaus mit der Perspektive, in den Sozialraum zu gucken und insbesondere die Angebote aus der näheren Umgebung von Schule aufzugreifen.

Das ist insofern sehr gut gelungen, weil wir der Kommune von vornherein eine zentrale Rolle zugedacht haben. Wir haben die Schulen nicht alleingelassen, sondern über die Kommune hat es einen Unterstützungsrahmen gegeben, damit sich die Schulen in diesem Sinne entwickeln konnten. Ganz konkret auf kommunaler Ebene gab es eine Projektgruppe mit der Schulverwaltung, mit der Jugendhilfe, mit den Schulleitern, aber auch die Schulaufsicht wurde integriert, sodass im Prinzip alle, die in diesem Sinne für Schulentwicklung zuständig sind, eine begleitende Infrastruktur, einen Projektrahmen geboten haben, damit sich die Schulen dann selber zu diesen Orten weiterentwickeln konnten.

Die Erfahrungen sind durch die Bank positiv. Es gibt mittlerweile sechs kommunalfinanzierte Familiengrundschulzentren in Gelsenkirchen. Noch vor der letzten Landtagswahl

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)

07.09.2021

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

im Mai 2017 hat eine große Veranstaltung stattgefunden, an der mehr als 200 Personen aus 150 Kommunen aus ganz NRW teilgenommen haben. Mittlerweile kommen wir bei den nicht nur vom MKFFI, sondern auch vom MSB und den kommunalfinanzierten Familiengrundschulzentren, vorsichtig geschätzt, auf 120 Schulen. Das ist sehr viel. Die Nachfrage ist sehr groß. Viele Kommunen machen sich auf den Weg.

Gemeinsam mit der Auridis Stiftung haben wir die Kommunen vernetzt, um auch so Unterstützung und Begleitung anzubieten. Die Stadt Krefeld gehört dazu. 15 weitere Kommunen sind dabei. Das machen wir, weil die Rückmeldungen aus den Schulen, von den Kommunen, von allen, die in und an Schule arbeiten, sehr positiv sind. Es ist gut, dass Frau Professorin Stöbe-Blossey auch noch die Möglichkeit hat, auf Ihre Frage zu antworten; denn sie hat die wissenschaftliche Begleitung in Gelsenkirchen durchgeführt.

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Ich kann unmittelbar daran anknüpfen. Die Familiengrundschulzentren stehen an erster Stelle der konkreten Maßnahmen in dem SPD-Antrag. Da gehören sie meines Erachtens auch hin, weil sie in der Tat – wir haben es eben besprochen – die Verknüpfung von Bildungspolitik und Familienpolitik bieten. Sie haben nicht umsonst Eingang in den aktuellen Bundesfamilienbericht gefunden, gerade das Modellprojekt in Gelsenkirchen, das die Wübben Stiftung und die Stadt Gelsenkirchen gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

Wichtig für die Zukunft, wenn man dieses Projekt landesweit nutzen will, ist, dass man von Landesseite aus in sinnvolle Förderstrategien kommt. Es ist auf die Dauer keine Lösung, wenn hier ein bisschen MKFFI und hier ein bisschen MSB über die Ruhr-Konferenz kommt. Das ist, glaube ich, allen klar. Dennoch ist es ein erster Schritt in die richtige Richtung und die Aufforderung, das Ganze weiterzuentwickeln, zwischen den beiden Ressorts zu koordinieren und auf eine nachhaltige Basis zu stellen.

Wir sind jetzt dabei, uns in verschiedenen Projekten, unter anderem in Zusammenarbeit mit der Wübben Stiftung, verschiedene Formen der konzeptionellen Umsetzung von Familienzentren im Grundschulbereich anzuschauen. Denn auch da gibt es nicht den einen richtigen Weg. Das hängt von örtlichen Trägerstrukturen, von ganz unterschiedlichen Dingen ab.

Wichtig wird sein, von dem Projektstatus wegzukommen. Teilweise haben Grundschulen einen Träger für den Offenen Ganzttag, einen Träger für die Schulsozialarbeit, einen Träger für das Familienzentrum, und dann kommt noch die Schule selbst. Den Lehrkräften hat man vermittelt: Jetzt kommt das Familienzentrum, das nimmt euch die schwierigen Fälle ab. – Das funktioniert natürlich nicht, sondern man muss das Ganze als Gesamtpaket sehen und möglichst zu einer einheitlichen Trägerstruktur kommen. Wir brauchen auch eine gewisse Öffnung der Angebote des Offenen Ganztags, also keine Trennung zwischen Ganztagskindern und den anderen. Die Schulen sollten die Möglichkeit erhalten, möglichst mit einem Träger Schulsozialarbeit, Familienzentrum und Ganzttag vernetzt im Sozialraum zum Schulentwicklungskonzept aus einem Guss zu machen. Das wäre die Perspektive in der Richtung.

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

Sigrid Beer (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank für Ihr Hiersein heute und auch für die eingegangenen Stellungnahmen. – Ich spreche aus der Perspektive beider Ausschüsse. In den Statements ist schon sehr deutlich geworden, dass Bildung immer auch etwas mit Sozialpolitik zu tun hat, dass die Dinge zusammengedacht werden müssen, dass Familien in der Familienpolitik mitgedacht werden müssen. Zu kurz kommt mir dabei die Frage der Partizipation, und zwar derjenigen, um die es eigentlich geht, nämlich der Kinder und Jugendlichen, und die Einbindung in die Gesamtkonzepte.

Wenn wir über Empowerment sprechen, auch von einem salutogenetischen Blick auf die Quartiersentwicklung, die sozialräumliche Entwicklung, gerade unter dem Aspekt der Chancengleichheit, dann stellen wir fest, dass damit auch die Frage von Partizipation und Gestaltungsräumen verbunden ist.

Ich möchte die Landesschüler*innenvertretung bitten, aus dieser Perspektive Stellung dazu zu nehmen, was in dem Antrag noch ergänzt werden müsste. Auch Frau Professorin Stöbe-Blossey und Herrn Professor Böttcher frage ich, inwieweit es unbedingt eine Ergänzung braucht.

Julius van der Burg (Landesschüler*innenvertretung NRW): Es ist sehr wichtig, dass Sie das ansprechen, Frau Beer, das freut uns. Das hier ist Schüler*innenpartizipation. Sie laden Verbände in diesen Raum ein, um Fragen zu beantworten. Das ist eine Möglichkeit, Blicke aus der Praxis zu bekommen. Es ist wichtig, diese Blicke auch von Schüler*innen zu bekommen; denn in der Coronapandemie haben wir festgestellt, dass immer wieder Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg getroffen wurden.

Ich habe sehr viele Schüler*innen kennengelernt bzw. in meinem Umfeld, die in der Coronapandemie das Gefühl hatten, dass die Politik sie nicht ernst nimmt, ihre Interessen nicht sieht. Auf eine gewisse Art und Weise entsteht so das Gefühl, dass die Politik nicht da ist, um die Schüler*innen zu vertreten. Deswegen ist es wichtig, Partizipationsmöglichkeiten zu finden; es wird in dem Antrag teilweise schon angesprochen.

Wichtig ist dabei vor allem Verbindlichkeit. Nach vielen Kämpfen musste die Schulkonferenz angehört werden, als es um die Öffnung von Schulen ging, um die Abstimmung kommunaler Dinge an der Schule. Eine Anhörung reicht aber nicht, sondern wir brauchen eine feste, verbindliche Möglichkeit, um partizipieren und mitentscheiden zu können. Das heißt, es muss verbindlich aufgenommen werden, was wir sagen. Es kann nicht sein, dass man dann versucht, das irgendwie unterzubringen, sondern wir müssen konkret mitsprechen und mitentscheiden dürfen.

Darüber hinaus braucht es eine Stärkung der Schüler*innenvertretungen an den Schulen. Ganz oft haben wir festgestellt, dass Schüler*innenvertretungen gar keine Zeit haben, sich mit politischer Arbeit auseinanderzusetzen, weil es viel wichtiger ist, für ein Seminar, an dem man selbst teilnehmen möchte, um eigenen Input zu bekommen, Finanzen zu sammeln. Schüler*innenvertretungen sind häufig mehr damit beschäftigt, Waffeln zu backen, statt sich mit Politik auseinanderzusetzen. Genau da muss eine Änderung her, indem wir ein eigenes Schulbudget für die SVen bekommen, indem wir Möglichkeiten bekommen, wie wir uns wirklich mit politischer Arbeit auseinandersetzen

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

können, damit wir die Schulpolitik gerade an der Schule und dann auch auf Bezirks- und Landesebene mitgestalten können. Diese wichtigen Dinge sind hier einzubeziehen.

Genauso gehört es dazu – das muss man intersektionell sehen –, dass wir nicht nur denjenigen, die aktuell in Schüler*innenvertretungen aktiv sind, mehr Möglichkeiten der Partizipation geben, sondern generell allen. Die Leute, die einen hohen Bildungsgrad anstreben oder generell ein gutbürgerliches Elternhaus haben, finden die Wege in die Schüler*innenpartizipation meistens schneller. Dem müssen wir auf den Grund gehen. Die Frage ist, wie wir Schüler*innen aus sozial schwächeren Verhältnissen, die einen niedrigeren sozioökonomischen Hintergrund haben, in Schüler*innenpartizipationsstrukturen hineinbekommen. Das funktioniert nur, indem wir uns mit dem Thema „Chancengleichheit“ auseinandersetzen, was in dem Antrag auch aufgegriffen wird. Das funktioniert aber nicht, indem wir oberflächliche Maßnahmen ergreifen.

Auf den Antrag bezogen bedeutet das, dass wir noch strukturelle Änderungen brauchen, die es uns ermöglichen, Chancenungleichheit abzubauen. Darunter fällt zum Beispiel die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, das eine enorme Ungerechtigkeit fördert. Die Form der inklusiven Ganztags Gesamtschule, wie wir sie fordern, ermöglicht uns, Chancenungleichheit auf einer ganz anderen Ebene abzubauen.

Zum Schluss: Wir müssen verschiedene Möglichkeiten der Schüler*innenpartizipation finden. Es darf nicht sein, dass nur Einzelne partizipieren, sondern wir müssen alle mitnehmen.

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Anknüpfend daran möchte ich den Schwerpunkt gerne auf den Grundschulbereich legen, in dem es nicht solche formal geregelten Partizipationsstrukturen wie beispielsweise Vertretungen von Schülerinnen und Schülern in der Schulkonferenz gibt. Dort stellt Partizipation von Kindern eine ganz andere Herausforderung dar, weil man es altersgemäß machen muss.

Gerade bei dem Familienzentrumskonzept sehe ich in der Tat Ergänzungsbedarf, und zwar in unterschiedlichsten Punkten. Bei der Begleitung des Modellprojekts in Gelsenkirchen haben wir teilweise erlebt, dass die Beteiligten sehr stark daran orientiert waren, Kita-Strukturen auf die Grundschule zu übertragen. Man muss aber schlicht sehen, dass Grundschulkinder schon ein anderes Autonomiebedürfnis haben – auch gegenüber den eigenen Eltern, das soll ja auch so sein – als Kinder im Kita-Alter. Daher muss man schon hinterfragen, ob es im Grundschulbereich passend ist, dass Eltern jederzeit überall hineinkommen dürfen. Unter dem Gesichtspunkt sollte man in den pädagogischen Konzepten durchaus den Bereich der Kinder respektieren.

Partizipation von Kindern im Grundschulbereich ist vor allem eine Frage pädagogischer Konzepte, also kindgemäße Beteiligungsformen zu finden, wie Sozialraumerkundungen und Ähnliches. Das kann man nur schwer strukturell von Landesseite mit einem Einheitskonzept vorgeben, aber man kann natürlich sagen: Ein Qualitätskriterium für Familienzentren im Grundschulbereich ist, dass sie geeignete und altersgemäße Strukturen

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

der Partizipation und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Kindern entwickeln. – Das würde ich durchaus einbringen.

Prof. Dr. Wolfgang Böttcher (WWU Münster, Institut für Erziehungswissenschaft):

Sigrid, das ist eine spannende Frage, die ein bisschen über das hinausgeht, was ich in dem Papier selbst gelesen habe, was eine ganz wichtige Ergänzung ist. Wir tun in der Pädagogik oft so, als wenn die Kinder nur Objekte unserer mehr oder weniger guten Maßnahmen sind. Auch das Konzept der individuellen Förderung bedeutet häufig nur methodische Anpassung an die, die nicht so schnell mit dem Lernen sind, statt mal zu fragen: Welche Inhalte sind denn eigentlich für unterschiedliche Kinder wichtig? Was sind deren Eigeninteressen, an die man anknüpfen kann? Was sind ihre Lebenssituationen, die auch Gegenstand der Schule sein müssten?

Vor ein paar Jahren gab es mal einen Aufruhr, als eine Schülerin – eine junge Kollegin von Ihnen, Herr van der Burg – sagte: Wir lernen ganz viel in der Schule. Nur, wir lernen nicht, einen Vertrag auszufüllen, von Steuerrecht haben wir keine Ahnung, von Familie und Ehe wissen wir nichts. – Das hat sie gewissermaßen von Ingo Richter plagiiert, dem früheren Chef des Deutschen Jugendinstituts, der genau so etwas mal formuliert hatte: Warum denkt die Schule nur in diesen Fächerstrukturen und nimmt nicht die Lebenssituation der Kinder auf?

Wenn ich das sage, klingt das ein bisschen nach Romantik – ich möchte nicht sagen: nach Klamauk –, das ist es aber nicht. Die internationale empirische Schulforschung, die quantitative empirische Forschung, also die, die den höchsten Seriositätsstandard hat, hat zunehmend festgestellt, dass es wichtig ist, die Kinder nicht nur als Objekte von Mathematik und Fremdsprachen, Naturwissenschaften zu begreifen, sondern als Menschen, die sich in der Schule wohlfühlen müssen. Das Well-Being ist eine zentrale Größe.

Das finden wir zum Beispiel auch ganz neu in dem Lernkompass der OECD. Man kann sehr kritisch sein, aber die OECD ist nicht irgendwelcher romantischer Anflüge verdächtig. Insofern sollte man tatsächlich auf genau diese Fragestellung schauen: Was sind die Inhalte, die für unterschiedliche Kinder unterschiedlich relevant sind? Wenn ich in einer SGB-II-Familie mit drei Geschwistern aufwachse, und wir streiten uns, und die Eltern streiten sich die ganze Zeit, ich komme dann morgens in die Schule, und der Mathelehrer will mir erzählen, wie wichtig der Pythagoras ist, frage ich: Funktioniert das?

Helmut Seifen (AfD): Auch ich begrüße alle ganz herzlich und freue mich, dass Sie da sind. – Meine Frage möchte ich an Herrn Professor Böttcher, Frau Honecker und Herrn Professor Schröer stellen.

Vorher muss ich noch erwähnen, dass im SPD-Antrag der Satz steht:

„... Aufstieg darf aber kein Wettbewerb sein, ... bei dem nur die Stärksten gewinnen.“

Herr Professor Böttcher, Sie schreiben in Ihren Ausführungen:

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

„Bildungsungleichheit ist nicht das Ergebnis natürlicher Begabungen, Talente und angeborener Interessen. Bildungsungleichheit ist biologisch nicht zu erklären.“

Was verstehen die von mir Angesprochenen unter „Bildungsungleichheit“? Wie wollen Sie eine, wie ich es herauslese, absolute Bildungsgleichheit erzeugen?

Prof. Dr. Wolfgang Böttcher (WWU Münster, Institut für Erziehungswissenschaft):

Das ist eine schwierige Frage, ich habe nur drei Minuten. Ich will nicht absolute Bildungsgleichheit, nein. Die Menschen sollen unterschiedlich lernen, auch unterschiedlich viel. Wer kommt auf die Idee, daraus herauszulesen, dass ich mir absolute Bildungsgleichheit vorstellen würde? Selbst wenn ich der König von Deutschland wäre, wäre das ist eine völlig unsinnige Annahme.

In der empirischen Bildungsforschung haben wir festgestellt, und das seit mindestens 60 Jahren, aber im Grunde seit Weimar, dass die Kinder, die aus schwierigen Elternhäusern kommen, und zwar im Hinblick auf das, was die Schule von ihnen fordert, weniger Chancen haben als andere. Am Ende haben wir eine statistische Verteilung, die wir sehen können, zum Beispiel in den Vergleichsarbeiten des IQB, des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen. Die machen regelmäßige Lernstandserhebungen und stellen immer wieder fest, was auch PISA bestätigt: Die Kinder, die aus den unteren Klassen kommen – die Eltern sind Arbeiter, Facharbeiter, Ungelernte –, schneiden im Bildungswesen schlecht ab. Sie werden sehr früh, nämlich im Alter von zehn Jahren, in eine Schulart gebracht, in der sie unter sich sind und wiederum weniger Lernanreize kriegen als die anderen, die im Gymnasium mit den lernbegeisterten, mit den Kindern aus den bildungsnahen Elternhäusern lernen. Das hat Konsequenzen.

Jürgen Baumert hat in der Auswertung der PISA-Studien ganz eindeutig festgestellt, dass Kinder, die zum Beispiel in einem Hauptschulbildungsgang unterrichtet werden, durch die Komposition der Klasse schlechter lernen. Wenn wir statistische Zwillinge haben, wie wir es nennen, also gleich klug, im Grunde gleiche Menschen, und setzen den einen mit zehn Jahren in die Hauptschule, den anderen ins Gymnasium, dann sehen wir nach wenigen Monaten, spätestens nach einem Jahr, dass sie sich im Hinblick auf das, was sie lernen sollen, ganz unterschiedlich entwickelt haben. Das ist das, was Bildungsungleichheit meint.

Man kann es unterschiedlich messen. Gucken Sie sich PISA an, gucken Sie sich die Publikationen des IQB an, Sie sehen immer die gleichen Befunde, und das seit 60 Jahren. Kinder, die in ein Elternhaus geboren werden, das nicht anregungsreich ist, das arm ist, scheitern in diesem Bildungssystem. Andere Länder sind besser. Ich habe es eben gesagt. Gucken wir auf PISA 2001. Da waren wir von 31 Ländern das schlechteste, die Zyniker sagten: Weltmeister in der sozialen Ungleichheit. – Jetzt sind wir auf Platz 33 von 36. Die 32 vor uns beweisen, dass man es zumindest besser machen kann.

Andrea Honecker (Katholische Elternschaft Deutschlands [per Video zugeschaltet]):

Sie fragen nach der Bildungsgleichheit. Sie wissen wahrscheinlich, dass wir schon in unseren kurzen schriftlichen Ausführungen darauf abgehoben haben, dass wir Gleichheit

ohnehin für den falschen Begriff halten, so wie es auch völlig unsinnig wäre, von einer Gleichheit der Menschen zu sprechen. Bildungsgerechtigkeit sehen wir als viel besseren Begriff an. Denn Gerechtigkeit bedeutet nicht, dass jeder dasselbe bekommt, sondern – das kann man ganz gut in dem Antrag finden, und auch Vorredner haben es schon gesagt – jeder soll das bekommen, was ihm gemäß ist und was er braucht.

Das heißt gerade in der Bildung: Jedes Kind muss das bekommen, was es braucht, um seine eigenen individuellen Chancen und Voraussetzungen optimal umzusetzen und damit eine möglichst hohe Bildung und auch eine gute persönliche Entwicklung zu erreichen.

Auch Bildungsgerechtigkeit – wenn ich unterstelle, dass das mit „Bildungsgleichheit“ gemeint war; Sie haben gefragt, wie man die überhaupt herstellen will – werden wir niemals 100%ig erreichen können. Das ist eine Illusion. Aber wir können das Optimale dafür tun – in der Politik, an den Schulen vor Ort, in den Familien –, dass diese Gerechtigkeit möglichst gut umgesetzt und gefördert wird. Dazu weist das Papier schon einige gute Wege auf.

Für uns als Elternverband ist es naheliegenderweise sehr wichtig: Die Kinder zu stärken muss immer auch bedeuten, die Familien zu stärken. Insofern ist es richtig, zu sagen: Wir begleiten die Familien. Wir schauen, was die Familien brauchen, um auch im heimischen Kontext zur Erziehung und Bildung der Kinder optimal beitragen zu können. Das können soziale Hilfestellungen sein, das können aber auch bildungstechnische Hilfestellungen sein.

Eine kurze Bemerkung noch zu den Familienzentren – das steht auch in unserer schriftlichen Stellungnahme –: Ich hielte es für sinnvoll, wie einer meiner Vorredner gesagt hat, wenn man sie stärker vernetzen und nicht ein Familienzentren in der Kita und ein weiteres Familienzentrum in der Grundschule einrichten würde. Wir müssen ja gerade die Übergänge gut gestalten. Familienzentren sollten möglichst alle oder möglichst viele Einrichtungen vor Ort umfassen, um die Kinder und Familien optimal begleiten zu können.

Letzter Punkt: Die Partizipation darf sich natürlich nicht nur auf die Kinder erstrecken, so schön das ist. Die Eltern müssen von vornherein eingebunden werden, weil nur so die Akzeptanz solcher Einrichtungen und Hilfestellungen gewährleistet werden kann.

Prof. Dr. Wolfgang Schröer (Stiftung Universität Hildesheim [per Video zugeschaltet]):

Danke, dass ich eingeladen wurde. – Ich möchte nicht die Punkte wiederholen, die Frau Honecker und Herr Böttcher bereits genannt haben, sondern nur noch einen normativen Maßstab der Bildungsgerechtigkeit hinzufügen. Das sind aus meiner Sicht die UN-Kinderrechtskonvention und die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Beide Konventionen machen deutlich, dass jeder junge Mensch gleichberechtigte Beteiligungs-, Förder- und Schutzrechte hat. Dies gilt es einzulösen – das ist geltendes Recht in Deutschland – durch unsere Infrastruktur. Das Spannende an der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen ist, dass nicht nur

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

gesagt wird, dass jeder junge Mensch mit Beeinträchtigungen das Recht hat, an den regulären Strukturen unserer Gesellschaft im institutionellen Gefüge des Aufwachsens teilzuhaben, sondern dass dies diskriminierungsfrei zu geschehen hat. Dieser Punkt ist mir ganz wichtig: Sie haben das Recht, an den Strukturen teilzuhaben, und dürfen nicht durch soziale, durch körperliche oder andere Formen diskriminiert werden. Das ist ein zentrales Recht, das die UN-Konvention formuliert. Das ist geltendes Recht in Deutschland und normativer Maßstab der Bildungsgerechtigkeit.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Meine Frage geht an Herrn Dr. Warnke, an Herrn Schön und an Herrn Professor Böttcher. Wir haben im Bereich der Familienunterstützung und im Bildungsbereich einen enormen Fachkräftebedarf. Eine der Hauptthesen des Antrags ist, dass wir eine Personaloffensive brauchen, einmal für die Kitas und die OGS.

Wenn man allerdings darüber nachdenkt, Familienbüros vor Ort zu etablieren, Bildungslotsen flächendeckend einzuführen und auch den Ansatz der Familienzentren an Grundschulen in die Fläche zu bringen, also in ganz Nordrhein-Westfalen einzurichten, dann ist die Frage, über welche Größenordnung an Personal wir sprechen. Die Praktiker vor Ort können das sicherlich gut einschätzen. Herr Professor Böttcher hat von besonderen Anstrengungen gesprochen, die wir brauchen, um des Fachkräftemangels Herr zu werden. Welche besonderen Anstrengungen oder Ansätze würden Sie uns mit auf den Weg geben, wie die Politik da handeln sollte?

Dr. Markus Warnke (Wübben Stiftung): Die Frage weist auf einen sehr weiten Horizont hin. Das Problem des Fachkräftemangels haben wir im kompletten Bildungssektor. Sie haben gar nicht die Frage der Lehrkräfte angesprochen, ob die Lehrerstellen überhaupt besetzt werden können. Gerade an Schulen in sozialräumlich herausfordernden Lagen sind zwar viele Stellen ausgeschrieben, es werden auch viele Stellen zugesagt, aber sie können nicht besetzt werden, was dazu führt, dass einige Schulleiter sagen: Wir stellen jeden ein, der sich bei uns bewirbt, Hauptsache, er ist erwachsen. – Das ist natürlich eine katastrophale Aussage, wenn das Alter entscheidet und nicht die pädagogischen Fähigkeiten, ob man an einer Schule unterrichtet, gerade dort, wo die Pädagogik eigentlich ganz zentral ist und eine besondere Bedeutung hat. Herr Professor Böttcher kann dazu sicherlich noch konkreter etwas sagen.

Die Familiengrundschulzentren wurden so konzipiert, dass es an den Schulen jeweils eine halbe Stelle gibt, die die Schulleitung dabei unterstützt, dieses Familienzentrum aufzubauen. Die Person macht in der Regel nicht selber die Angebote, sondern organisiert, schaut, begleitet den Schulentwicklungsprozess, guckt im Sozialraum, guckt, welche Angebote man in die Schule holen kann, kooperiert mit Familienbildungsstätten, vielleicht mit der Volkshochschule, vielleicht mit der Musikschule um die Ecke. Das macht eine Person.

Ich darf auch noch sagen: Der eigentliche Start vor Ort findet in der Regel mit einem gemeinsamen Kick-off statt. Die Eltern sind dort vertreten. Der Hausmeister – ganz wichtig – ist dabei. Wir versuchen, das immer so aufzusetzen, dass möglichst viele,

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)

07.09.2021

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

die in und an Schule sind, dabei sind. Die Familiengrundschulzentren haben einen konkreten Bedarf von einer halben Stelle.

Auf kommunaler Ebene braucht es dann eine Person, die das Ganze begleitet. Ob eine halbe Stelle reicht oder ob es, wie jetzt in Gelsenkirchen, eine ganze Stelle ist, das zeigt die Zeit, auch wie es organisiert wird. Oftmals dockt man es an die Personen an, die ohnehin schon für die Präventionskettenarbeit zuständig sind. Darum geht es.

Den finanziellen Förderbedarf können Sie im Prinzip hochrechnen. Das Schulministerium hat in seiner Förderrichtlinie einen Förderbetrag in Höhe von 40.000 Euro genannt. Da ist eine halbe Stelle TVöD 13 drin, plus/minus 30.000 Euro. Dann kriegen Sie vielleicht ein Gefühl dafür, wie hoch der Bedarf ist. Je nachdem, wie viele Familienzentren Sie ermöglichen wollen, dementsprechend hoch ist der Bedarf.

Ich habe es beschrieben. Wenn ich davon ausgehe und den Sozialindex, der gerade gilt, zugrunde lege – Schulen mit einem Index von 9 bis 6 sind die in prekären Lagen –, dann reden wir von 235 Schulen. Ich glaube, man müsste das noch ein bisschen ausweiten. Aber so kriegen Sie ein Gefühl dafür, worauf es hinausläuft.

Das sind sicherlich nicht alle Stellen, die in der großen Summe spürbar sind. Das wirklich Entscheidende ist die Frage der Finanzierung, weil es zurzeit projektfinanzierte, und zwar jährlich finanzierte Stellen sind. Das sind natürlich höchst unattraktive Stellen. Weil der Markt so ist, wie er ist, kann ich jeden verstehen, der dann perspektivisch versucht, eine sichere Stelle anzunehmen. Das muss man auf jeden Fall angehen.

Markus Schön (Stadt Krefeld): Zum letzten Punkt kann ich nahtlos an Herrn Dr. Warnke anschließen. Immer wenn ich befristete oder projektbezogene Finanzierungen habe und nur befristete Stellen möglich sind – gerade im Bereich der Schulsozialarbeit ist das oftmals die Situation –, ist es bei dem momentanen Fachkräftemangel unheimlich schwer, überhaupt jemanden zu finden, geschweige denn jemanden einstellen zu können, der gewisse Qualitätsanforderungen erfüllt. Wenn wir die Infrastruktur stärken wollen und gewisse Professionen bei Konzepten wie den Familienzentren an Grundschulen oder den Bildungslotsinnen/Bildungslotsen im Bereich der Schulsozialarbeit für wichtig halten, dann müssen es auf jeden Fall unbefristete Arbeitsverhältnisse sein, sonst hat man gar keine Chance, jemanden zu finden.

Der zweite Punkt: Ich höre sehr oft von jungen Menschen, die gerne diese Ausbildung wahrnehmen wollen, sei es als Erzieherin/Erzieher, sei es als Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter, dass manchmal schlicht und ergreifend die Ausbildungskapazitäten fehlen. Eine ganz wesentliche Stellschraube in diesem Fachkräftemangelmarkt ist, in den einzelnen Ausbildungsberufen die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen, bei den Erzieherinnen und Erziehern an den Berufskollegs, bei den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern Studienplätze an Hochschulen zu schaffen. Das halte ich für ganz wesentlich.

Dazu müsste man aber zunächst einmal noch mehr Ausbilderinnen und Ausbilder ausbilden. Das ist die nächste Stellschraube, an der man drehen muss. Dafür braucht man einen langen Atem. Wir hören von Hochschulen, dass sie gern mehr Studiengänge anbieten würden, aber die Ausbilder fehlen. Ich glaube, es gibt viele junge Menschen,

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

die in dem Sozialbereich arbeiten wollen. Die Perspektiven sind günstig, aber es fehlt an Ausbildungsplätzen über alle Professionen hinweg. An dieser Stellschraube müsste man zunächst einmal drehen, damit man nachhaltig so viele junge Menschen ausbildet, dass sie in diese Professionen im Sozialkräftemarkt einsteigen können.

Prof. Dr. Wolfgang Böttcher (WWU Münster, Institut für Erziehungswissenschaft):

Die wesentlichen Punkte sind gesagt. Das muss ich nicht mehr ergänzen, sondern kann das höchstens unterstreichen.

Wie attraktiv sind prekäre Arbeitsverhältnisse, die ein Additiv auf das sind, was uns immer so wichtig erscheint, nämlich Lehrerinnen und Lehrer? – Wenig attraktiv. Wen kann ich mit solchen prekären Stellen reizen, auf denen man so wenig verdient, auf denen man über die Sommerferien entlassen wird, um zu Beginn des neuen Schuljahrs wieder eingestellt zu werden?

Ausgebildete Sozialpädagogen, wie Sie richtig sagen, Herr Schön, kommen vielfach an die Schulen und sind dann so etwas wie die Feuerwehr. Sie sollen dann tatsächlich den Lehrerinnen und Lehrern die schwierigen Schüler abnehmen. Die Lehrerinnen und Lehrer sagen: „Toll, wir arbeiten sehr kooperativ mit den Sozialpädagogen“ und meinen in Wirklichkeit nur: „Die nehmen uns vor allem die schwierigen Jungs ab.“ Das ist nicht attraktiv.

Wir müssen solche Stellen attraktiv machen. Man muss auch erkennen, wie schwierig es ist, an Schulen, sei es als Lehrer, sei es als Sozialpädagoge, oder in Kindertagesstätten als Erzieherin in sogenannten Brennpunkten zu arbeiten. Sprechen Sie mal mit den Erzieherinnen in solchen Kitas. Es gibt eine hohe Fluktuation. Die jungen Frauen brechen unter dem Anspruch zusammen. Sie sagen, sie müssten eigentlich mit vier oder fünf Kindern zusammenarbeiten, die von zu Hause die Sprachkenntnisse nicht mitbringen, die das Interesse am Lernen nicht mitbringen. Sie bräuchten kleine Gruppen. Was haben sie? – 12, 13 Kinder, die über Tische und Bänke springen. Sie sagen, sie schaffen das nicht, und nach drei Jahren sind sie weg. Zufälligerweise mache ich gerade ein Gutachten zur Situation von Kitas in prekären Lagen. Wenn ich mit den Leitungen spreche, höre ich immer wieder das Gleiche: hohe Fluktuation, ungeheure Arbeitsbelastung gerade in den Kitas mit schwierigen Bedingungen.

Was die Qualifizierung anbetrifft: Vieles ist tatsächlich ein Planungsfehler. Ich weiß, wir sind nicht in der Planwirtschaft. Dennoch wissen wir relativ früh, was die Schülerzahlen angeht, nämlich sechs Jahre vorher, wie viele Lehrkräfte wir an Grundschulen brauchen. Ich habe es selbst an der Uni in Münster erlebt. Sie merken übrigens, dass ich jetzt nicht parteipolitisch vortrage. Wir hatten den höchsten Numerus clausus für Grundschulpädagogik. Mein Freund Klaus Klemm hatte gut nachgerechnet und gesagt: Wir brauchen Grundschulpädagogen. – Aber wir durften nicht oder konnten nicht, weil wir einen Numerus clausus von 1,3 für die Studienplätze hatten.

Claudia Schlottmann (CDU): Meine Frage geht an Herrn Professor Schröder und an Herrn Dr. Warnke. Nordrhein-Westfalen hat im Kontext der Coronakrise 1 Million Euro für die Förderung von Familienerholung bereitgestellt, um besonders belasteten Familien

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

ein Ferien- und niederschwelliges Bildungsangebot zu unterbreiten. Wie beurteilen Sie diese Maßnahme? Ist sie tatsächlich bei den Familien angekommen, sodass Sie deutlich sehen, dass die Familien daraus Nektar saugen konnten?

Prof. Dr. Wolfgang Schröer (Stiftung Universität Hildesheim [per Video zugeschaltet]):

Wir haben diese Maßnahme in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich nicht evaluiert, können aber aus unseren Studien sagen, dass sich entsprechende Maßnahmen dort – unsere Befragungen junger Menschen haben dies gezeigt –, wo Familien und junge Menschen derartige Angebote hatten, sehr positiv auf das Antwortverhalten ausgeübt haben, wenn es darum ging, ob sie psychische oder soziale Belastungen während der Coronazeit hatten. Wir haben 5.000 junge Menschen, aber auch Familien befragt. Es gab einen deutlichen Zusammenhang. Dort, wo diese Maßnahmen stattgefunden haben, waren die Antworten positiv und die Belastungsanzeigen deutlich geringer. Das heißt, derartige Programme haben eine unmittelbare Infrastrukturwirkung und sind sehr zentral.

Nichtsdestotrotz müssen wir sagen: In der Fläche, wo die Infrastruktur noch nicht wieder stabil steht, müssen wir weiterhin die mit der Coronakrise einhergehenden psychischen Belastungen auffangen. Da haben wir an vielen Orten – das sehen wir auch in unseren Studien – noch große Defizite. Darum sind solche Programme wichtig, ein klarer Anfang. Ich würde sagen, wir brauchen mehr davon, um die Folgen der Coronapandemie auch in der Bildungsperspektive auffangen zu können.

Dr. Markus Warnke (Wübben Stiftung): Ich kann jetzt nicht quantitativ sagen, inwieweit die 1 Million Euro, von der Sie gesprochen haben, wirklich bei den Familien angekommen ist. Zum Teil sind die Gelder sicherlich zu den Trägern geflossen. Es hat letzte Woche noch eine Veranstaltung des MKFFI mit den Familienbildungsstätten gegeben, die dargestellt haben, mit welchem großem Engagement alle versucht haben, den Kontakt zu den Familien herzustellen und zu halten. Ich glaube aber, im Subtext konnte man erkennen, dass es oftmals auch nicht gelungen ist.

Da muss man sich ehrlich machen und schauen, was insgesamt mit den gutgemeinten zur Verfügung gestellten Millionen passiert ist. Ich denke an „Extra-Zeit zum Lernen“ des Schulministeriums usw. Das alles waren gutgemeinte Dinge, es wurde auch viel Geld zur Verfügung gestellt. Was am Ende aber tatsächlich bei den Schulen oder noch einen Schritt weiter, bei den Kindern, bei den Jugendlichen, bei den Familien, angekommen ist, ist leider erschreckend wenig. Das muss man ehrlicherweise sagen.

Ich denke, man ist dabei, zu schauen, inwieweit man die Verfahren verschlanken kann, das Abfließen von Geld, das Zuweisen von Mitteln. Das muss man angehen. So wie ich es einschätze, hat man das jetzt bei den insgesamt 430 Millionen Euro für das Aufholpaket getan, hat sich das noch genauer angesehen und weist die Gelder über die Schulträger, über die Schulen zu. Das ist der richtige Schritt. Konkret zu Ihrer Frage: Ich glaube, es ist nicht so viel, wie man sich da erhofft hatte.

Alexander Brockmeier (FDP): Herr Dr. Warnke, wir hatten gerade schon die Diskussion, und Sie erwiderten auf die Frage von Herrn Dr. Maelzer, dass dies einen weiten Horizont aufmacht, dass das große Problem der Fachkräftemangel ist. Da sind wir uns alle einig. Die Landesregierung hat mit 1.000 zusätzlichen Studienplätzen schon etwas unternommen, im Erzieherbereich mit Weiterqualifizierung und Förderung von Fachkräften Maßnahmen ergriffen und auch im PIA-Bereich einiges gemacht. Es geht nicht alles von heute auf morgen, das wissen wir alle. Dennoch würde mich interessieren, wie Sie die bisherigen Bemühungen der Landesregierung an der Stelle einschätzen.

Dr. Markus Warnke (Wübben Stiftung): Sie haben schon selber deutlich gemacht, dass es Bemühungen gibt. Sie wissen aber auch, wenn in einem Arbeitszeugnis steht: „Er hat sich bemüht“, dass die Realität meistens ein bisschen anders aussieht. Die zentrale Frage ist: Wie bekommen wir es hin, dass die Fachkräfte, und zwar die besten oder geeignetsten Fachkräfte, in den jeweiligen Professionen wirklich an den Orten sind, wo der Bedarf am größten ist? – Das geht tatsächlich nicht von heute auf morgen.

Jede Offensive, die gestartet wurde, ist gut, auch hier und da die Ausweitung von Studienkapazitäten. Herr Böttcher hat aber bereits gesagt, mit welchem Vorlauf und auch mit welchem Planungshorizont man das machen muss.

Man muss wirklich speziell überlegen. Die Bezirksregierung Münster hat Lehrkräften aus dem Gymnasialbereich mal das Angebot gemacht, dass sie, wenn sie an Brennpunktgrundschulen gehen, schneller verbeamtet werden können. Solche richtigen Überlegungen und Projekte muss man starten, um deutlich zu machen, dass an diesen Schulen – auch in Kindergärten, aber ich bin jetzt im Schulbereich unterwegs – ein hoher Bedarf vorhanden ist. Eine Lehrkraft kann dort auch unwahrscheinlich viel bewirken, aber man darf sie damit nicht alleinlassen.

Bei den Kinderpflegern im Kindergarten gibt es sehr viele Praxiselemente. Aber gerade in der Lehrerausbildung sollte man darüber nachdenken, wie man nicht nur angehende Lehrkräfte, sondern auch Lehrkräfte im System motivieren kann, unterstützen kann, tatsächlich an solch einer Schule Lehrer/Lehrerin zu sein.

Ich bin regelmäßig an Schulen, habe letzte Woche noch zwei besucht. Alle Schulen in prekären Lagen, unabhängig vom Bundesland, sagen uns: Das, was wir als Erstes machen, ist nicht Mathe, Deutsch oder sonst etwas, sondern Beziehungsarbeit. – Dafür braucht man Zeit. Dafür braucht man aber auch eine Ausbildung und einen Sensus.

Als Nächstes muss man sich dann überlegen, wie man genau für diese Kinder guten Unterricht gestalten kann. Dabei brauchen die Lehrkräfte – das können sie nicht alleine – die entsprechenden Unterstützungssysteme. Das heißt, sie müssen auch wissen: Welche Unterstützungssysteme gibt es denn? Was sind Hilfen zur Erziehung? Was ist das SGB XII? Was steht im SGB VIII? – Solche Dinge müssen sie doch lernen, wenn sie Beziehungsarbeit machen wollen, interkulturelle Elternarbeit usw. Fast alle Lehrkräfte, fast alle Erzieherinnen und Erzieher stammen ja nicht aus den Milieus, aus denen die Familien stammen, von denen wir gerade reden. Das ist auch gar kein Vorwurf.

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)

07.09.2021

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich könnte das im Übrigen auch nicht, aber ich wüsste, ich müsste mir Hilfe holen, ich brauchte eine Unterstützung und Begleitung.

Über solche Dinge muss man noch einmal nachdenken und es durchaus honorieren – ich bin auch ein Freund von Bezahlung –, wenn Lehrkräfte tatsächlich an solchen Standorten sind, wenngleich die Erfahrungen aus Berlin zeigen – ich war letzte Woche auch in Berlin –, dass es die Bezahlung alleine nicht ist, garantiert nicht. Es muss ein Gesamtpaket sein.

Wir brauchen eine kontinuierliche Begleitung, das Angebot von Coaching, kollegiale Gruppen, moderierte Gruppen, damit man sich austauschen kann, und die Möglichkeit, Personalentwicklung zu betreiben. Das Land muss sagen können: Ihr müsst da nicht ein Leben lang bleiben, sondern wir bieten euch nicht nur an, da wieder rauszukommen, sondern auch die Möglichkeit, in der Karriere weiterzukommen. – Ich denke, mit einem solchen Gesamtpaket könnte man einiges erreichen. Zumindest sollte man es versuchen. Wenn man es nicht versucht, dann bleibt alles so, wie es ist.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Dr. Warnke, daran würde ich gerne anschließen. Das ist auch in den Stellungnahmen deutlich geworden. Es geht darum, was wirkt und welche Ergebnisse mit einem Mitteleinsatz und Fördereinsatz insgesamt verbunden werden. Sie haben auch Steuerungsfragen angesprochen. Was kommt tatsächlich an? Bei den Mitteln, die jetzt aufgelegt werden – Coronaaufholprogramm, Bundesmittel, Landesmittel –, organisieren die Schulen wieder ganz viel alleine. Wie das gelingt, ist die andere Frage.

Mir geht es um die systemischen Verbesserungen, was diesbezüglich für die Schulen anders gemacht werden sollte. Frau Professorin Stöbe-Blossey hat von einer Überarbeitung, Reform der OGS gesprochen, einer Weiterentwicklung auch in Sachen „Qualität“.

Ich möchte gerne die Eltern fragen: Was ist dort aus Ihrer Sicht verbesserungswürdig? Es gibt immer Debatten um Verbindlichkeit, aber auch um Qualität, was da passiert, wie die Vernetzung im Sozialraum besser gelingt. Diese Frage geht auch an Frau Professorin Flößer aus der Perspektive des Kinderschutzes und anderer, selbstbestimmter Räume für Kinder und Jugendliche sowie an Frau Professorin Stöbe-Blossey, weil sie das Thema „Reform der OGS“ aufgebracht hat.

Prof. Dr. Gaby Flößer (Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband NRW): Sehr viele Punkte sind schon angesprochen worden, die ich noch einmal etwas anders bündeln möchte. Ich denke, wenn wir heute Schulentwicklung betreiben wollen, müssen wir die Kinder und Jugendlichen als Akteure einbeziehen. Wir können nicht mehr aus der Perspektive der Erwachsenen versuchen, für sie einen Ort der Bildung zu formieren. Das ist in unterschiedlichen Punkten hier bereits deutlich geworden.

Daraus ergibt sich, dass Kinder und Jugendliche Interpreten ihrer eigenen Lebenswelt werden und selber für sich definieren können, wer für sie dabei relevante Kooperationspartner sind. Das kann man mit ihnen gemeinsam machen, dafür gibt es Methoden.

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

Das ist das Alltagsgeschäft von Erzieherinnen und Sozialpädagogen, wenn sie vernünftig ausgebildet sind.

Da setze ich mir jetzt den anderen Hut auf. Sie haben eben davon gesprochen, dass die Ausbilder der Fachkräfte das Nadelöhr seien, durch das alles geht. Wir haben an der Universität Dortmund einen der Studiengänge, in denen Lehrerinnen und Lehrer für Berufskollegs ausgebildet werden. Jedes Studienjahr erreichen uns mehr als 500 Anfragen bei genau 80 Plätzen. Dabei ist die Zahl schon erhöht worden, wie eben angemerkt wurde. Mit diesen 80 Studienplätzen füttern wir aber das Bundesgebiet, nicht nur Nordrhein-Westfalen. Die anderen Bundesländer kommen auch nicht voran. Dann können Sie sich vorstellen, wie eng der Markt ist und wie sehr sich die Berufskollegs alleingelassen fühlen.

Es nützt nichts, 1.000 Erzieherinnen mehr ausbilden zu wollen, wenn man einfach keine Lehrkräfte hat und dann zwangsläufig auf Berufsfremde, andere Quereinsteiger zurückgreifen muss. Das schafft nicht die in dem Antrag geforderte Qualität, die mit den Maßnahmen verbunden werden soll, sondern das schafft nur eine Form von Beschulung mit irgendetwas, aber nicht im Sinne einer bedürfnisorientierten Vermittlung von Wissen und darüber hinaus auch von informeller Bildung für Kinder und Jugendliche.

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Danke, dass Sie uns Eltern ansprechen. Die fehlende Beteiligung kritisieren wir immer wieder. Eltern sind auch Akteure in diesem Bereich, denn es geht um unsere Kinder.

Ich finde es ganz spannend, hier zuzuhören, wenn über primäre und sekundäre Effekte der sozialen Herkunft diskutiert wird. Seit dem Beginn der PISA-Studien 2000 wird uns jährlich vor Augen geführt, wo die Probleme sind und dass wir immer nur nachstopfen. Ja, die Landesregierung hat in den letzten Jahren viel Geld in die Hand genommen, um den Bereich weiter zu unterstützen. Trotzdem stellen wir jedes Jahr mit Erschrecken fest, dass es uns nicht gelingt, die Bildungsschere zu minimieren, dass immer noch ganz viele Kinder und Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen und sich in der Arbeitswelt dann nicht zurechtfinden. Dabei ist es das Ziel unserer Bemühungen, den Menschen so zu qualifizieren, dass er eigenständig und selbstständig ein erfülltes und erfolgreiches Leben führen kann. Das sollte im Sinne aller Kinder geschehen.

Ich danke Herrn Professor Schröer für seine Ausführungen. Gerade von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung oder Einschränkungen werden mit Sicherheit unterschiedliche Ziele erreicht. Diese Ziele werden aber nach wie vor in Familien gesetzt. Wir wissen schon lange, nicht erst seit den 2000er-Jahren, dass eines der Probleme die Übergänge sind und dass es grundsätzlich auch eine Handlungsfrage ist. Trotz gleicher Leistungen fallen die Empfehlungen für die verschiedenen Schulformen immer noch unterschiedlich aus. Das heißt, es ist letztendlich nicht nur eine Mittel- und Ressourcenfrage, eine Frage der Qualifizierung von Personal, sondern es ist auch eine Handlungsfrage.

Alles, was ich heute gehört habe, kann ich unterstreichen. Ein besonderer Aspekt war, dass die Schüler und auch die Eltern dabei immer wieder fehlen. Eltern sind und bleiben eine Bildungsressource. Eltern sind eine Säule. Ohne die Eltern mitzudenken, sie

mitzunehmen, sie zu stärken, sie als Ressource im System zu betrachten, werden wir den Bildungserfolg auch in den nächsten 40 Jahren nicht erreichen.

Indirekt ist doch die Frage – Herr Seifen hat sie vorhin aufgeworfen –: Worum geht es uns denn? Ist es tatsächlich unser Ziel, dass wir die Klassen verlassen, dass alle dieselbe Chance haben, von der untersten bis zur obersten Klasse? Mit „Klasse“ meine ich unsere sozialen Herkunftsschichten. Wenn das unser Ziel ist, dann reichen unsere Bemühungen nicht. Dann müssen wir den Familien in ihrem Dasein die erforderlichen Mittel dafür geben, dass Kinder nicht in prekären Verhältnissen leben, dass Kinder nicht Angst haben müssen, eine ganze Woche nichts zu essen zu bekommen oder in der Schule nicht Schritt halten zu können. Das heißt, wir müssen an der Lebensrealität der Familien etwas tun, sie in bessere Verhältnisse bringen, damit Kinder nicht mit Sorgen, Ängsten und Nöten aufwachsen.

Dabei ist Schule immer nur der leidtragende Indikator. Es macht mich traurig, wenn Sie berichten, dass wir Lehrkräfte besonders unterstützen oder entlohnen müssen, wenn sie sich trauen, an bestimmten sozioökonomischen Schulstandorten zu unterrichten. Nein, darum geht es nicht. Ich finde, wir müssen die Schulstandorte so ausrichten, dass dort nicht geguckt werden muss, woher das Geld kommt, sondern wir müssen Schule aus einer Hand denken. Der Lehrer muss nicht wissen, was man über das SGB VIII, das SGB X oder sonst etwas noch erreichen kann, sondern die Ressourcen müssen den Schulen entsprechend den Bedarfen der Schüler, so wie sie kommen, gegeben werden. Dann können sie für entsprechend qualifiziertes Personal sorgen, um die Familien und Schüler zu unterstützen.

Der Dschungel, der stellenweise entsteht, weil Bund, Land und Kommune die Verantwortung hin- und herschieben, ist tatsächlich ein politisches Problem. Das kann nur politisch gelöst werden, damit die Schulen gestärkt werden, damit die Lehrkräfte vor Ort keine Ängste mehr haben, sondern Sicherheit und wissen, dass sie ausreichend sozialpädagogisches, psychologisches Personal bekommen, um dann mit Schülern und Schülerinnen vor Ort die Ungleichheit nicht gleich, aber entsprechend ihren Bedarfen behandeln zu können. Und die Eltern gehören bitte dazu.

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Sie haben nach einer Konkretisierung des Verbesserungsbedarfs im Offenen Ganztage gefragt. Ich würde das gerne als Gesamtpaket betrachten. Im Idealfall hätten wir an jeder Schule in prekären Lagen einen Jugendhilfeträger – ob es der kommunale oder der freie Träger ist, beides ist denkbar –, von dem es Schulsozialarbeit, Familienzentrumskonzept und Ganztagsangebote aus einer Hand gibt.

Das ist auch personell eine gute Sache. In Gelsenkirchen zum Beispiel war die halbe Familienzentrumsstelle nach einem halben Jahr Aufbauarbeit durch Kündigung eine Zeit lang unbesetzt, und kurze Zeit später wusste eigentlich niemand mehr, was in Sachen „Familienzentrum“ los war. Die Nachfolgerin fing von vorne an.

In einer anderen Schule war es kombiniert mit einer Kraft aus dem Ganztage. Da gab es dann auch für die normalen Probleme des Alltags, die durch den Fachkräftemangel

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)

07.09.2021

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

verschärft werden, eine Vertretungsmöglichkeit. Das ist für die Kontinuität ganz wichtig, für die Teamarbeit und auch für die Arbeitsverhältnisse.

Es gab aber dann direkt das Problem: Sie wird zur Hälfte aus dem Ganztagsstopf finanziert und zur Hälfte aus dem Familienzentrumstopf. Welchen Hut hat sie denn gerade auf? Macht sie etwa ein Angebot, das aus dem Ganztagsstopf finanziert wird, an dem vielleicht auch Eltern oder Kinder teilnehmen, die nicht im Ganztags sind? – Das ist einfach Unsinn, das brauchen wir im Alltag nicht. Das behindert mehr, als es nutzt.

Für die Kinder ist es auch nicht immer toll, wenn Paul und Marie mittags miteinander spielen möchten, und Marie ist Ganztagskind, Paul aber Halbtagskind. Das ist auch unter Partizipationsgesichtspunkten schwierig. Das heißt, wir brauchen in diesen Schulen das Jugendhilfegesamtkonzept mit unterschiedlichen Angeboten.

Noch ein Punkt zum Thema „Bildungsbenachteiligung“: Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass es gerade in sogenannten bildungsfernen Bereichen nicht wenige Familien mit sehr traditionellen Familienbildern gibt, die vom Ganztags gar nicht so begeistert sind – das Mittagessen ist bitte schön zu Hause bei der Mutter einzunehmen, dafür ist sie da –, aber die durchaus dafür ansprechbar sind, ihren Kindern zusätzliche Förderprogramme zu ermöglichen und sie dann zum Beispiel nachmittags noch mal zur Schule gehen zu lassen. Das ist auch ein Teil von Niederschwelligkeit. Wenn man das Ganze ein Stück weit offener anlegt, ein bisschen weg von den festen Gruppen kommt, dann kann man Menschen mit unterschiedlichen Orientierungen und Bedürfnissen erreichen.

Administrativ ist das sicher eine Herausforderung. Aber es lohnt sich, über die Idee, die Vision nachzudenken, ein multiprofessionelles Team aus dem Ganztags, aus Schulsozialarbeit und aus pädagogischen Fachkräften für ein Familienzentrum zu haben.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Meine Frage richtet sich an Frau Professorin Stöbe-Blossey und Herrn Professor Böttcher. Mich interessiert, ob Ihnen aus wissenschaftlicher Sicht eventuell schon Erkenntnisse zu folgendem Sachverhalt vorliegen: Sie beide schreiben in Ihren Stellungnahmen – gerade wurde es auch angesprochen –, dass es sehr stark um das qualifizierte Personal geht, das notwendig ist für mehr und bessere Bildung, für Schulsozialarbeit, für Lotsen, für Büros, für die ganze Förderlandschaft, die um Schule und Kita herum als Speckgürtel ihren Beitrag leistet.

Es gibt darüber hinaus viele Berufe – Ergotherapeuten, Logopäden usw. –, die alle in diesen multiprofessionellen Kontext hineingehören. Ich finde es sehr bedauerlich, dass beispielsweise Logopädinnen und Logopäden nicht mehr in die Kita dürfen, weil das eine Wettbewerbsverzerrung bedeutet. Sie müssen ihre Termine jetzt wieder extra machen. Das ist für mich nicht nachvollziehbar, wenn man Förderung eigentlich niederschwelliger anlegen möchte. Zusätzliche Termine, die Fahrt dahin stellt für viele Familien eine große Herausforderung dar. In sozialpädiatrischen Zentren kann man sich, wenn der Förderbedarf festgestellt wurde, auf mindestens ein Jahr Wartezeit einstellen. Das Gleiche gilt für Ergotherapien. In Städten wie Köln ist das so.

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

Liegen Ihnen wissenschaftliche Erkenntnisse dazu vor, wie man die bestehende Förderlandschaft effizienter nutzen oder bestmöglich an die Kinder, an die Familien heranbringen kann? Denn vermutlich werden wir nicht so viel gut qualifiziertes Personal dafür gewinnen können, wie wir es uns idealerweise vorstellen.

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Die Vernetzung mit dem Gesundheitswesen ist ein ganz wichtiger Punkt, wobei diese Dinge einander nicht ersetzen. Die Logopädin ersetzt nicht die Erzieherin und umgekehrt, sondern das sind zusätzliche Bedarfe. Aber es ist richtig, dass man sie viel stärker in Schulen und Kitas hineinholen müsste.

Wir haben die Diskussion seit 15 Jahren bei den Familienzentren im Kita-Bereich. Eltern, Erzieherinnen, Logopädinnen, Ergotherapeutinnen, alle sagen, es ist richtig und wichtig, dass sie in die Kitas gehen, die Therapien da machen, weil berufstätige Eltern ihr Kind schlecht noch um 17 Uhr zu einer Therapie bringen können. Das ist auch für das Kind nicht so richtig prickelnd und wahrscheinlich nicht besonders effektiv. Die bildungsfernen Eltern, die nicht mobil sind, gerade auf dem Land, die Wartezeiten haben, die mehrere Kinder haben, kriegen es schon gar nicht hin, ihre Kinder noch selber zu den Therapien zu fahren.

Die Möglichkeit, diese Therapien in der Schule oder in der Kita durchführen zu können, ist ein ganz wesentliches Element von Bildungsgerechtigkeit. Gerade Logopädie und Ergotherapie haben eine ganze Menge damit zu tun, ob ein Kind gut lernen kann. Wenn es seinen Stift nicht richtig halten kann, ganz platt gesagt, dann ist es schwierig, schreiben zu lernen.

Das scheitert seit 15 Jahren an Wettbewerbsinteressen der Berufsverbände und am Gemeinsamen Bundesausschuss auf Bundesebene, in dem Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen etc. blockieren nach dem Motto: Das ist Bedarfsweckung. – Ja, natürlich. Wir müssen Bedarfe wecken bei denjenigen, die nicht von selbst auf die Idee kommen, zur Ergotherapie oder zur Logopädie zu gehen. Da dominiert immer noch ein ganz kurzsichtiges Kostendenken von Krankenkassen. Wenn wir das irgendwann einmal aufknacken könnten, dass wir uns in der Familienpolitik und Bildungspolitik nicht von Interessenvertretungen aus dem Bereich der Krankenversicherungen und der Berufsverbände diktieren lassen müssen, was sinnvoll für die Förderung der Kinder ist, dann wäre ein Riesenschritt getan. Aber dazu muss man wahrscheinlich erst den Gemeinsamen Bundesausschuss auf Bundesebene aufknacken.

Prof. Dr. Wolfgang Böttcher (WWU Münster, Institut für Erziehungswissenschaft): Wolfgang Schröer wackelt auf seinem Stuhl. Er hätte viel mehr dazu zu sagen als ich, glaube ich. – Wir haben in dem Antrag der SPD-Fraktion – kommen wir mal dahin zurück – natürlich den Hinweis auf die Notwendigkeit multiprofessioneller Arbeit. Bildung ist nicht nur Lehrerinnen- und Lehrerarbeit, sondern viel mehr. Viele, die von Multiprofessionalität reden, denken dann vielleicht an eine Erzieherin oder eine halbe Sozialpädagogin. Wir brauchen viel mehr andere und auch Menschen aus dem Gesundheitswesen.

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

Sie haben nach der Empirie gefragt. Das weiß ich nicht. Ich kann nur aus dem Bereich der Frühen Hilfen, in dem ich lange geforscht habe, sagen, dass dort solche Ansätze ganz erfolgreich funktioniert haben, also am Anfang der Präventionsketten, die auch im Antrag stehen, anzusetzen. In den Frühen Hilfen sind Netzwerke eine zentrale Größe. In die Netzwerke sind Kinderärzte, Krankenhäuser, überhaupt der gesamte Gesundheitsbereich, Hebammen usw. integriert. Da kann man vielleicht ein bisschen Empirie sehen, wie es gut funktioniert oder wie es funktionieren könnte, wenn man auch die Bereiche, an die man normalerweise nicht denkt, wenn man über Multiprofessionalität redet, einbringen kann.

Aber natürlich ist immer die Frage: Wer steckt dahinter? Welche institutionellen Interessen stehen dahinter? – Die sind eben nicht immer auf das Kind oder auf die Eltern gerichtet, sondern auch auf die eigene Organisation.

Jochen Ott (SPD): Als Vater habe ich die Kinder auch nach der Kita zum Logopäden gefahren und mich darüber geärgert. Deshalb will ich da noch einmal nachfragen. Herr Dr. Warnke hat eben in seinem Beitrag darauf hingewiesen, dass zwei Ministerien mit Förderprogrammen betroffen sind. Das Parlament hat vor allen Dingen die Aufgabe, den Regierenden Hinweise zu geben. Frau Professorin Stöbe-Blossey hat gesagt, wir müssten Kinder wieder ins Spiel bringen, wir dürften nicht zulassen, dass sie aus dem Spiel fallen. Welche Schritte müsste die Regierung gehen, um zumindest einige der vorgeschlagenen Aspekte umzusetzen? Wie müsste die Regierung bzw. das Regierungshandeln angesichts von vier zuständigen Ressorts dann aufgebaut sein?

Sie haben das Thema „Gesundheit und Krankenhausausschüsse“ schon angesprochen. Wir haben Jugend, wir haben Schule, wir haben Soziales. Das wollen wir zusammenschieben, weil es zusammengedacht werden soll; das haben jetzt alle gesagt. Wie soll das aus Ihrer Sicht gehen? Was wären die ersten Schritte, mit denen man einen solchen Weg zur Stärkung der Kinder – fangen wir meinetwegen beim Thema „Familienzentren“ an – beschreiten könnte? Wie könnte man das organisieren? – Die Fragen richten sich an Frau Professorin Stöbe-Blossey, Herrn Schön und Herrn Professor Böttcher.

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Das ist eine Riesenfrage. Ich versuche, ein paar Aspekte zu nennen. Man sollte sicher nicht sagen: Wir brauchen erst ein einheitliches Ministerium, das für alle diese Bereiche gleichzeitig zuständig ist. – Das funktioniert in der Praxis in der Regel ohnehin nicht. Zwei Abteilungen innerhalb eines Ministeriums liegen oft genauso weit auseinander oder manchmal weiter auseinander als zwei Ministerien; dazu würden mir jetzt einige Beispiele einfallen. Das heißt, Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als den mühsamen Weg zu gehen, sich ressortübergreifend abzustimmen. – Das wäre der erste Schritt.

Ein zweiter wichtiger Punkt wäre aus meiner Sicht, die kommunale Ebene intensiv in solch einen Entwicklungsprozess hineinzuholen. Denn das, was man im Bereich der Prävention tun muss, wird auf kommunaler Ebene umgesetzt. Die einzelnen Verant-

wortlichen auf der kommunalen Ebene können ganz massiv dazu beitragen, dass die Dinge so umgesetzt und geplant werden können, dass sie in der Praxis machbar sind.

Das sind für mich zwei ganz entscheidende Schritte, um erst einmal organisatorisch auf den Weg zu kommen.

Markus Schön (Stadt Krefeld): Ich würde bitten, dass sich das Familienministerium und das Schulministerium einfach mal zusammensetzen – vor Ort müssen es das Schulamt und das Jugendamt ja auch hinkriegen und miteinander klarkommen; es wäre schon der Wunsch, dass das auf Landesebene auch gelingt, so herausfordernd es sein mag – und definieren, wie eine pädagogische Grundversorgung personeller Art an einer Grundschule aussehen kann. Das geht nur, wenn Jugendhilfe und Schule zusammenwirken.

Wir haben heute theoretisch diskutiert, aber eigentlich müsste man doch mal eine Art Personalschlüssel für multiprofessionelle Teams, die für die Schule zuständig sind, definieren, die dann auch die Schule finanzieren müsste. Es geht um eine Grundversorgung an Multiprofessionalität für die Schulformen Grundschule und weiterführende Schule. Darüber hinaus ist die Frage, was dann ergänzend im Sozialraum bei spezifischen Bedarfen von Jugendhilfe noch on top dazukommen kann. Es ist völlig klar, dass die Jugendhilfe dabei nicht außen vor ist. Das wäre für mich ein erster Schritt, dass man sich über einen Personalschlüssel der Multiprofessionalität an Schulen konkrete und verbindliche Gedanken macht.

Das Thema der Schulfinanzierung hatte ich vorhin schon angerissen. Darauf weisen auch die kommunalen Spitzenverbände hin. Das eine sind bauliche Fragen, das andere sind personelle Fragen. Da muss man in einen Dialogprozess eintreten. Frau Professorin Stöbe-Blossey hat die Kooperation mit den Kommunen angesprochen. Jetzt ist ein wichtiger Zeitpunkt; denn die überkommene, tradierte Trennung – innere Schulangelegenheiten macht das Land, äußere Schulangelegenheiten, also Bausteine, Schulbücher, macht die Kommune – funktioniert doch heute gar nicht mehr.

Spätestens beim Thema „Digitalisierung“ verschmilzt alles. Bei Digitalisierung geht es nicht nur darum, dass man den Leuten Tablets oder mobile Endgeräte in die Hand drückt und guckt, dass das WLAN in der Schule läuft – alles schon schwierig genug, das wissen wir alle –, sondern man muss sich anschauen: Mit welchen Inhalten wird da gearbeitet? Wie wird da gearbeitet? Welche Pädagogik kann da transportiert werden? – Das ist nur ein Beispiel, anhand dessen man sieht, dass die Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten überkommen ist.

Mein zweiter Wunsch neben dem Personalschlüssel und der Multiprofessionalität ist, die Schulfinanzierung, auch die Verantwortungsgemeinschaft für Schule vor Ort in der Kommune auf neue Füße zu stellen und sich darüber Gedanken zu machen. Das geht wahrscheinlich mehr ans Schulministerium. Die überkommene Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten ist nicht mehr zeitgemäß und muss neu gedacht werden.

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

Prof. Dr. Wolfgang Böttcher (WWU Münster, Institut für Erziehungswissenschaft):

Ich bin ganz bei Herrn Schön. Auch ich habe in meiner Stellungnahme am Ende geschrieben, dass das ein großer Knackpunkt sein kann, aber nur einer von vielen. Denn wie sagt man so schön: Viele Köche verderben den Brei. – Vor allem kochen sie nicht ein Gericht. Das müssen wir angehen. Ich weiß nicht, wie man das hinbekommen kann.

Jochen, du hast gerade ein Forschungsprojekt formuliert. Wir können uns das nicht aus dem Ärmel schütteln, oder Sybille? Wie wollen wir das hinbekommen? Ich wüsste keine Antwort.

Die Idee, die Sie gerade formuliert haben, finde ich auch spannend, nämlich überhaupt mal zu gucken: Welche Anforderungen hat denn die Schule? Welche Professionen sind eigentlich mit welcher Qualifikation nötig? – Das wissen wir doch eigentlich gar nicht. Dann haben wir nur ein gutes Gefühl, aber so richtig wissen wir es gar nicht.

Wir müssen es wie Unternehmen machen. Damit ein Produkt oder eine gute Dienstleistung entsteht, guckt ein Unternehmen: Was ist meine Aufgabe? Welche Professionen brauche ich dafür? Welche Arbeitsteilung brauche ich dafür? Wie bekomme ich die arbeitsteiligen Schritte wieder zusammen? – Diese betriebswirtschaftliche Frage stellen wir uns in der Schule gar nicht. Wir denken immer noch sehr stark lehrerzentriert. Die Lehrer werden es schon machen. Wir denken sehr stark schulleitungsfixiert, ohne zu realisieren, dass Schulleitungen bei uns relativ wenige Möglichkeiten haben, überhaupt zu steuern.

Vielleicht wäre eine Möglichkeit, es so zu machen wie in England oder in den USA, wo Schulleitungen Manager mit ordentlichem Gehalt, mit ordentlichem Budget sind – 100 % Budgeting. Da kommt nichts vom Land. Die Schule hat ihr Budget, und die Schulleitung managt die Aufgaben, die dort erfüllt werden müssen. Vielleicht wäre das in dem Sinne eine wirkliche Autonomie der Schule. Ich bin normalerweise kein großer Freund von Schulautonomie, aber vielleicht ist es doch eine Möglichkeit, tatsächlich Menschen zusammenzubringen, die aus verschiedenen Professionen an der gleichen Sache arbeiten.

Aber noch einmal, Jochen: Das ist ein Forschungsprojekt. Darauf kann man nicht einfach so – zack, zack! – eine Antwort geben.

Claudia Schlottmann (CDU): Ich habe eine Frage an Frau van Heemskerck und an Herrn Walhorn. Familienzentren dienen als Brückenkopf in den Sozialraum. Sie wissen, dass deren Ausstattung mit der KiBiz-Reform deutlich erhöht wurde. Gleichzeitig sehen wir hier aber noch Potenziale, den Wirkungsgrad zu erhöhen, wenn es darum geht, die Angebote der Familienförderung besser in die Landschaft zu bringen. Welche Anknüpfungspunkte und Verbesserungspotenziale sehen Sie?

Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nrw): Ein konkreter Anknüpfungspunkt – wir haben es in unserer Stellungnahme genannt – ist immer das Thema „Personalausstattung“. Wir haben die Familienzentren in den letzten Jahren als sehr erfolgreiches Projekt oder System in der Kita-Landschaft erfahren dürfen. Wir haben aber

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

auch sehr schnell gemerkt – es ist eben schon oft gesagt worden –, wie wichtig es ist, bestimmte Aufgabenverteilungen neu zu denken.

Im Kita-System macht oft einer alles, oder jeder macht alles. Man muss sich die Aufgaben anschauen und überlegen, wie man sie bewertet. Braucht es eine Fachkraft für die Pädagogik und eine Verwaltungsfachkraft? Herr Dr. Warnke hat ausgeführt, dass es dann halbe Stellen gab, die zum Beispiel die Projekte organisieren. Das alles ist in den Familienzentren nachgebessert worden. Ein guter Ansatz war auch, zu schauen, wer welche Aufgabe leisten kann. Das muss nicht immer die gleiche Profession sein.

Wir hätten uns sehr gewünscht, dass so etwas weitergedacht und auf die Regel-Kitas, die nicht Familienzentren sind, ausgeweitet wird. Es geht um die Aufgabenbewertung, auch im Hinblick auf den immer größer werdenden Fachkräftemangel sowie den neuen Rechtsanspruch im Grundschulalter. Wir müssen sehr schnell anfangen, da neu zu denken, was bedeutet, uns in allen Systemen die Anknüpfungspunkte anzuschauen.

Die Familienzentren haben am Anfang wie in einem Glockensystem gearbeitet. Zuerst gab es keine Vernetzung mit anderen Kitas, mit Regel-Kitas. Das ist in den letzten Jahren viel besser geworden. Zum Beispiel wurden Partnerschaften eingegangen, also dass zwei Kitas ein Familienzentrum anbieten. Das hat sehr schnell zu einer viel besseren Annahme beigetragen.

In der Coronazeit kam immer wieder die Rückmeldung von unseren Kolleginnen und Kollegen in den Familienzentren, dass viele Angebote eingeschränkt waren; sie durften nicht mehr stattfinden. Das hat für sehr viel Rückstau gesorgt, gerade was die Unterstützung von Familien in den Familienzentren betrifft. Wir sind froh, dass das Ganze langsam wieder Fahrt aufnimmt.

Wir hören immer wieder, dass es sich am Ende auszahlt, wenn wir früh investieren. Das müsste man noch unter den Antrag schreiben. Die Frage ist: Wann wollen wir wo Geld investieren? Erst dann, wenn wir etwas neu richten wollen, oder wollen wir es schon präventiv am Anfang machen? – Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Die Systeme müssen miteinander vernetzt sein. Es werden sehr viele Gelder in die Systeme gebracht, aber alle haben einen eigenen Fördertopf, gerade im Schulbereich. Das hat sich am Anfang auch in den Familienzentren breitgemacht. Die Schulsozialarbeit wird aus einem Topf bezahlt, sie muss ein bestimmtes Konzept haben. Die OGS hat ein anderes Konzept, die Schule hat wiederum ein anderes. So ist man nicht effektiv genug, weil man oft aneinander vorbeiarbeitet. Aus der Praxis bekommen wir sogar die Rückmeldung, dass Eltern manchmal doppelt auf das gleiche Problem angesprochen werden, nur weil die Zusammenarbeit in den Systemen konzeptionell nicht gegeben ist.

Deswegen sagen wir: Wir müssen erst einmal überlegen, wo wir im bestehenden System noch etwas optimieren können. Ich glaube, dann sind wir schon einen Schritt weiter.

Manfred Walhorn (Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband NRW): Für mich ist die Frage der Optimierung ein weiteres Stichwort. Ich glaube, dass die Familien-

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

zentren an Kitas in ihrer Struktur im Grundsatz richtig angelegt sind und dass sie weiter gestärkt und der Weg, sie finanziell zu stützen, ausgebaut werden sollte.

In der Veränderung und Weiterentwicklung sollte man das Augenmerk auf einen Aspekt legen, der hier schon angesprochen worden ist, nämlich die Verflechtung und Kooperation vor Ort mit anderen Rechtskreisen, zum Beispiel dem Gesundheitswesen, sowie gleichzeitig die vertikale Verknüpfung mit den Frühen Hilfen. Durch die Verbindung können sich die Familienzentren an den Kitas und die Frühen Hilfen gegenseitig stärken.

Das Gleiche könnte man beim Ausbau von Familienzentren an Grundschulen zu Familiengrundschulen berücksichtigen. Ich halte es für eine prioritäre Aufgabe, das zu machen, weil Eltern gegenwärtig – eben ist über Wartezeiten im medizinischen Bereich oder an der Schnittstelle gesprochen worden – kein niedrigschwelliges Angebot mehr haben, wenn ihre Kinder die Kita verlassen. Das Problem könnte hier angedockt und gelöst werden.

Dabei bewegt mich aber – und das muss man weiter konkretisieren –: Wir dürfen nicht in die Falle laufen – das will niemand –, dass die Systeme weiter versäult werden. Sozialarbeiter an Schulen sind eine ganz andere Welt als kommunale Sozialarbeiter. Die Ansätze, die im Zusammenhang mit Prävention unter unterschiedlichen politischen Konzepten diskutiert worden sind, waren eigentlich, dass man diese Versäulung überwindet.

Frau Professorin Stöbe-Blossey hat den Ansatz schon vorgetragen: Der freie Träger des Ganztags sollte auch Träger der Schulsozialarbeit sein, bzw. es sollte eine Kooperation geben. Wenn die Kommunen das finanzieren sollen, dann muss man ihnen Geld geben. Ich habe die Sorge, dass über die Finanzdiskussion eine Entkommunalisierung der Jugendhilfe stattfindet. Das Land und die Schulen würden sich keinen Gefallen tun, wenn sie sich der Freiheit berauben, die freie Träger haben – ganz anders als eine Schulleiterin oder ein Schulleiter –, auch in rechtlichen Fragen, auch bei sozialen Problemen. Darüber muss man noch einmal neu nachdenken. Ich hätte den dringenden Rat und die große Bitte, das nicht von vornherein unter dem Primat der gegenwärtigen Verwerfungen in der Schulfinanzierung zu machen, sondern es neu aufzusetzen und dabei auch die Kommunen zu stärken.

Letzte Bemerkung – das geht über die Landespolitik hinaus, aber das Land Nordrhein-Westfalen hat ja in mancher Hinsicht eine gewichtige Stimme –: Wir haben heute darüber gesprochen – und das ist als Kernpunkt sehr unterstrichen worden, auch der Antrag geht darauf ein –, dass man Familienpolitik und Bildungspolitik verbinden muss. Alle Verbesserungen in der Bildungspolitik werden nicht reichen, Chancengleichheit zu beseitigen, wenn man nicht an den materiellen Ressourcen der Familien ansetzt, sprich: Wir brauchen in der Phase, die vor uns liegt, die mittlerweile in allen demokratischen Parteien diskutierte Kindergrundsicherung. Der Kinderschutzbund hat dazu ein großes Bündnis auf Bundesebene zusammengebracht und konkrete Konzepte vorgelegt. Es gibt auch andere, das ist alles in Ordnung.

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)

07.09.2021

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Parallel zu dem Vorgang, im Land Familienpolitik und Bildungspolitik mit den Fragen und Themen, die im Antrag angesprochen worden sind, zu verbinden, wäre es also sehr wichtig, den Punkt im Hinblick auf den Bund aufzugreifen und zu unterstützen, nämlich dass wir in der nächsten Legislaturperiode zu einer Kindergrundsicherung kommen, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Zum Abschluss will ich ein bisschen resümieren und dann eine Frage stellen. – Wolfgang, du hast Well-being angesprochen und die Frage, welche Qualität der Lernort und der Lebensort für viele Kinder und Jugendliche haben. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Partizipation ist angesprochen worden. Die Frage von Autonomie würde ich anders fassen. Die Frage der pädagogischen Souveränität der Schulen, auch anders arbeiten zu können, war ein Thema. Sie brauchen dann aber unterstützendes Personal.

Jetzt stellt sich die spannende Frage der Neubestimmung der Zuständigkeiten, der Kooperation im Land, der inneren und äußeren Schulangelegenheiten. Ich möchte Herrn Schön und Herrn Professor Böttcher ansprechen, aber auch gerne Herrn Professor Schröer in diese Frage einzubeziehen: Was brauchen wir tatsächlich gerade für Schulen in herausfordernden Lagen, damit sie die Vernetzung leisten können, das Leben in die Schule zu lassen, rauszugehen in das Leben mit den Unterstützungsmöglichkeiten anderer Bildungsakteure bis hin zur außerschulischen Jugendbildung, damit sie sich also so aufstellen können, dass das funktionieren kann und beständig ist?

Es ist nicht nur die Kita, es ist nicht nur die Grundschule, sondern es muss in der weiterführenden Schule weitergehen. Instrumente wie die Schuleingangsbezirke haben wir nicht mehr. Das heißt, von der Kita zur Grundschule wechseln die Eltern auch. Es sind ganz viele Herausforderungen. Welches Unterstützungsprogramm brauchen die Schulen jetzt, damit sie das tatsächlich leisten und ihrer Rolle in einer solchen neugestalteten Bildungslandschaft, die sozialräumlich denkt, die die Dinge zusammenbindet, gerecht werden können?

Markus Schön (Stadt Krefeld): Ich würde sagen, wie ich es vorhin schon versucht habe zu beschreiben, sie brauchen neben den Lehrkräften, neben dem Lehrpersonal ausreichend pädagogisches Personal, zum Beispiel in der Schulsozialarbeit, und zwar mit verbindlichen Personalschlüsseln, die dann auch sozialräumliche Indikatoren gemäß Schulsozialindex in den Blick nehmen, um die Vernetzungsarbeit leisten zu können, um die Bedarfe der Schülerschaft zu identifizieren, die sich aus ganz verschiedenen Lebenslagen speisen.

Ein Thema haben wir heute nur am Rande angesprochen, und zwar die Integration neu zugewanderter Familien. Hier kommt der Schulsozialarbeit in den multiprofessionellen Teams eine ganz mannigfaltige Rolle zu. All das muss in der Schule angeboten werden können, und zwar deutlich vertiefter, als wir es bislang bemerken. Dann müssen auch die Ressourcen dafür vorhanden sein, Angebote, die im Sozialraum in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und bei vielen anderen Institutionen vorhanden sind, als Brückenkopffunktion mit ins Boot holen zu können, um für die Familien, für die

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

Kinder und Jugendlichen eine bestmögliche Begleitung und Versorgung sicherstellen zu können.

Aber noch einmal: Dazu müssen die Schulen neben den Lehrkräften über ausreichend Personal verfügen, kontinuierlich durchfinanziert, nicht befristet aus Projektmitteln. Sonst findet man kein Personal; das hatten wir vorhin auch. Ich möchte dazu einladen, dass man sich über feste Personalschlüssel – je nach Schultyp, je nach Lage der Schule im Sozialraum – verlässliche, verbindliche Gedanken macht. Das wäre ein Auftrag an die Ministerien – an das Schulministerium natürlich gemeinsam mit dem Familienministerium –, weil dies in die Grundfesten der Kooperation von Schule und Jugendhilfe eingreift.

Was dann am Ende des Tages herauskommt, ob die Schule hier mehr Verantwortung übernimmt und das finanziert oder ob man den Kommunen das Geld gibt, und es bleibt oder wird noch stärker Jugendhilfe an der Schule, das wird die Kernfrage sein. Es ist eine spannende Frage. Ich glaube, man kann sie heute nicht abschließend beantworten. Es gibt auch verschiedene Positionen.

Der Wunsch wäre, die beiden zuständigen Ministerien zu beauftragen, sich dieser Frage ganz konkret und ganz verlässlich zu widmen, und zwar vor dem Hintergrund der Bedarfe, um es auskömmlich hinzukriegen. Denn es ist nicht damit getan, an der Schule, so gut das auch ist, mal eine halbe Stelle Familienzentrumsfachkraft zuzuschalten, sondern da muss man in anderen Dimensionen denken, um die sozialen Bedarfslagen, über die wir heute gesprochen haben, bestmöglich, verlässlich und verbindlich in den Blick nehmen zu können, um mit den Akteuren im Sozialraum zum Beispiel in der offenen Kinder- und Jugendarbeit verlässlich und verbindlich kooperieren zu können.

Prof. Dr. Wolfgang Böttcher (WWU Münster, Institut für Erziehungswissenschaft):

Herr Schön, das Wort von den anderen Dimensionen nehme ich auf, weil die Frage wirklich in eine andere Dimension geht. Ich finde es sehr konstruktiv, dass in dem Antrag der SPD-Fraktion sieben einzelne Punkte benannt sind, die man natürlich einzeln durcharbeiten muss. Aber sie sehen ein bisschen so aus, als könnte man das managen, als hätte man hier und da auch einigermaßen gutes empirisches Wissen, um tatsächlich Projekte anzustoßen.

Deine Frage geht noch darüber hinaus. Das heißt nicht, dass sie nicht wichtig wäre. Möglicherweise müssen wir das ganze System noch einmal anders denken. Dabei darf die Schule aber nicht im Mittelpunkt stehen. Wenn du die Frage stellst, wie sich die Schule vernetzen soll, sage ich: Sie kann das gar nicht. Wie denn? Der Vernetzungsakteur muss irgendwo anders stecken.

Herr Walhorn, vielleicht haben Sie eine Idee. Aber die Schule selbst? Wer soll das machen? Meine Idee zur Schulautonomie von gerade vergessen Sie wieder. Ich glaube, das war zu spontan und zu wenig überlegt. Das muss aus anderen Bereichen kommen, Government sozusagen, vom Land, von der Kommune oder den Kommunen. Ich kann es nicht genau sagen, aber nur aus der Schule geht es nicht.

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

Man muss sich realistisch ansehen, wie das Personal ausgebildet ist. Sie haben zwei Fächer gelernt. Jemand, der in der Sekundarstufe I oder II unterrichtet, hat 15 % seiner akademischen Lehrzeit mit Fragen von Soziologie, Psychologie und Pädagogik verbracht, alles andere ist Fach und Fachdidaktik. Wie soll denn da eine Kompetenz entstehen, um Vernetzungen in Gang zu bringen? Woher sollen sie das Wissen haben, mit wem sie sprechen können? Wir müssen den Akteur Schule ein bisschen kleiner denken. Das ist, glaube ich, eine wichtige Botschaft.

Prof. Dr. Wolfgang Schröer (Stiftung Universität Hildesheim [per Video zugeschaltet]):

Ich möchte eine kleine Vorbemerkung machen. Wichtig ist die Wahrnehmung, dass wir verändern können. Das haben wir in den letzten 30 Jahren bewiesen. Wenn Sie die Kindertagesstättenlandschaft von vor 30 Jahren mit der heutigen vergleichen, dann sehen Sie, dass die Kommunen, die Kinder- und Jugendhilfe und die Politik etwas umgestalten können. Wir müssen einfach festhalten, dass Veränderungen möglich sind, dass wir das tun und dass es auch gelingt. Das hört sich vielleicht ein wenig wie „Das Wort zum Sonntag“ an, ist in dieser Form aber manchmal sehr wichtig.

Zwei Punkte sind mir noch wichtig. Dabei kann ich gut an Herrn Böttcher anschließen. Wenn Sie fragen, was Schule tun muss, dann ist die Erkenntnis wichtig, dass Schule es nicht alleine kann. Das hat nichts damit zu tun, dass Schule in dieser Form nicht kompetent ist, aber sie ist bisher nicht dafür ausgebildet, in dieser Form Sozialraumakteur zu sein.

Wir brauchen, glaube ich, ein Bild von einer inklusiven Infrastruktur, in die Schule eingebettet ist. Ich fand es sehr gut, was Herr Walhorn vorhin gesagt hat, nämlich die Betonung, dass dies nicht heißt, dass wir nur eine Trägerstruktur haben, sondern wir haben unterschiedliche Trägerstrukturen. Die freien Träger sind dabei. Aber wir nehmen auch die kommunale Jugendhilfeplanung ernst – wir haben ja Instrumente in den Kommunen –, die ganz klar darauf ausgelegt ist, mit jungen Menschen, mit Eltern, mit den verschiedenen Trägern Planungsprozesse durchzuführen.

Wenn wir solche Prozesse für inklusive Infrastrukturen ernster nehmen, darin investieren, die Kommunen darin stärken, so etwas anzugehen, die Schulen dort hineinzuholen und auch die damit verbundenen strukturellen Veränderungen anzugehen, dann bin ich ganz zuversichtlich. Wir sehen in vielen Formen, dass Schulen sich auf den Weg machen.

Ich kann ein Beispiel aus Ihrem Nachbarbundesland Niedersachsen nennen. Ich arbeite gerade in einem Kreis mit allen Schulleitungen von der Grundschule über das Gymnasium bis zur berufsbildenden Schule zusammen. Alle Schulleitungen haben sich in ein Netzwerk begeben und gemeinsam beschlossen, mit den anderen Trägern in der Kommune zusammenzugehen, um verschiedene Infrastrukturen aufzubauen.

Wir brauchen das auf den unterschiedlichen Ebenen. Das ist nicht nur eine Leitungsfrage, es ist eine Frage der kommunalen Planung. Da müssen wir investieren. Wir haben die Instrumente. Wir müssen auch die Beteiligung – darum fand ich den Beitrag der Eltern gut – der Eltern und insbesondere der jungen Menschen in diesen

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

Prozessen, in der Gestaltung der inklusiven Infrastrukturen ernst nehmen. Das sieht das Kinder- und Jugendhilfegesetz vor. Dann machen wir es doch einfach.

Helmut Seifen (AfD): Herr Professor Böttcher, das, was Sie gerade geschildert haben, machen Schulleiter und Lehrer.

Meine Frage richtet sich an Frau Honecker, an Frau Staar und an Frau Professorin Stöbe-Blossey. In dem SPD-Antrag werden verschiedene Forderungen aufgezählt, zum Beispiel die nach Bildungslotsen, was ursächlich Aufgabe der Lehrer und Lehrerinnen und natürlich erweitert des Beratungsteams, der Schulleitung, des Jahrgangsstufenleiters, der Jahrgangsstufenleiterin ist, die – so kenne ich es aus den letzten Jahren – intensiv mit dem schulpsychologischen Beratungsteam und mit anderen Institutionen, die wir hier schon mehrfach angesprochen haben, vernetzt sind.

Bisher ist an den Schulen eine intensive Beratung vorgenommen worden, gerade was die Schullaufbahn angeht, weil man nur im Unterricht beobachten kann, wozu der Schüler, die Schülerin fähig ist, und auch weiß, wie die Familienverhältnisse sind. Ich spreche mit den Eltern zum Teil in Beratungsgesprächen sechsmal im Jahr. Inwiefern ist es nicht eher ein Bruch in der Beratungseffizienz, wenn wir sozusagen – in diesem Fall beispielhaft – Bildungslotsen einschieben, wer auch immer das sein mag, die ja vom Unterricht selbst, von der Lernleistung, von der Lernfreude und von den anderen Dingen wenig Ahnung haben? Inwiefern ist das ein Bruch und eventuell sogar eine Entmündigung derjenigen, die hauptsächlich im Bildungsprozess beschäftigt sind?

Andrea Honecker (Katholische Elternschaft Deutschlands [per Video zugeschaltet]): Ich gehe direkt auf den letzten Satz ein. Ich glaube nicht, dass es ein Bruch ist. Es muss und kann eine sinnvolle Ergänzung sein. Es muss eine Ergänzung sein, weil wir natürlich sehen, dass Lehrerinnen und Lehrer ihre Arbeit heute sehr gut machen, aber auch häufig nicht in die Tiefe gehen können, wie es vielleicht in Zukunft oder schon jetzt gefordert ist.

Wenn der Lehrer eine Klasse hat, die gut gefüllt ist mit Kindern, die im Grunde alle noch individuelle Hilfe brauchen, um auch außerschulische Angebote wahrnehmen zu können, zum Beispiel Musikunterricht, außerschulische Sportangebote, die angesprochenen medizinischen Hilfen, bei denen möglicherweise auch etwas aus dem sozialen Kontext gefüllt werden muss, dann kann er das alles nicht leisten. Wir wissen und haben es auch in diesem Gespräch häufiger gehört, dass Lehrer an vielen Standorten mit dem, was von ihnen erwartet wird und was sie selbst von sich erwarten, überfordert sind. Sie haben ja einen sehr hohen Anspruch an das, was sie alles für die Kinder tun wollen. Das ist schön, aber es übersteigt einfach ihren Aufgabenbereich in der professionellen Tätigkeit.

Ich glaube nicht, dass man hier anderen etwas wegnimmt, sondern das ergänzt sich sinnvoll. Die Beratung in der Schullaufbahn und die explizit auf Bildung konzentrierte Beratung ist sinnvollerweise bei den Lehrerinnen und Lehrern angesiedelt. Aber für alles, was darüber hinausgeht, also etwas, was auch zur Bildung gehört, aber nicht im

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

schulischen Kontext ist, brauchen wir dringend Unterstützung. Wenn das durch zusätzliche Bildungslotsen geschieht, dann würden wir das begrüßen.

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Die Frage bleibt doch, warum wir diese Bildungslotsen brauchen. Wieso bekommt schulexterne Bildung ein immer größeres Gewicht? Wieso haben wir nicht genügend Mittel für ausreichende Bildung, Förderung und Unterstützung im schulischen Kontext, zumal Kinder oft drei Viertel ihres Tages dort verbringen? Wir haben in den letzten Jahren eine Verschiebung erlebt, wenn wir uns anschauen, wie exorbitant hoch die Summen sind, die wir für Nachhilfeeinstitute etc. ausgeben, damit Schülerinnen und Schüler so etwas wie Chancengleichheit erhalten. Leider hängt es oft von der primären und sekundären Herkunft ab, davon, ob sie sich das leisten können, ob sie dahin kommen, ob sie ein Ticket haben, ob all das, was wir genannt haben, kostenfrei zur Verfügung steht.

Uns fehlen die Mittel, in der Schule entsprechende Angebote zu stärken. Ich stimme Frau Honecker zu. Das derzeitige Angebot ist oft so unüberschaubar, nicht nur für Schulen, selbst innerhalb einer Kommune, dass der eine nicht weiß, wo es ein Angebot für den Nächsten gibt. Mittlerweile gibt es sehr viel in der Altersgruppe ganz früh beginnend bis sechs Jahren, dann kommen Lücken für die Zehn- bis Zwölfjährigen – das erleben wir gerade in der MINT-Förderung –, und ab 14, 15 geht es wieder los. Es ist unüberschaubar, was Beratungsstellen für Eltern, aber auch eine Übergangsberatung zur Berufsförderung angeht. Daraus könnte man ein eigenes Studienfach machen. Hinsichtlich der Universität wird es noch komplexer. Ich glaube, es gibt inzwischen schon empirische Forschungen, die zeigen, wie breit das Ganze angelegt ist.

Wer sich in unserem Bildungssystem nicht auskennt, vielleicht einen Migrationshintergrund hat oder aus einer Familie kommt, die ihm keine Bildungschancen eröffnet hat, kann durch diesen Dschungel gar nicht mehr durchsteigen. Das heißt, eigentlich brauchen Schulen einen Bildungslotse. Schulen brauchen Unterstützung, die letztendlich den Eltern und Kindern zugutekommt, wie auch immer man es dann nennt. Wir müssen uns anstrengen, Angebote wieder zu komprimieren. Wir müssen den Schulen das Geld geben und gut mit den Kommunen abstimmen: Was ist darin, und was ist leistbar?

Es muss aus einer Hand sein. Wenn uns das gelingen soll und wir nicht lauter neue Fässer aufmachen wollen, dann müssen wir Bildung wieder in die Hand der Schule geben und nicht davon abhängig machen, welche finanziellen Mittel Eltern für Nachhilfe, für zusätzliche Förderung etc. aufwenden können. Die Förderung von Freizeitangeboten gehört unumstritten dazu. Eine Übersicht darüber ist ebenso wichtig. Aber uns geht es doch hier und heute um schulische Bildung, um den Weg eines beruflichen Erfolges, einer Eigenständigkeit. Das muss gestärkt werden. Darum kann ich nur bitten. Ein Bildungslotse ist letztendlich ein weiterer Baustein, der Schule entlasten und stützen kann.

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Wir brauchen die Funktion Bildungslotse, wir brauchen aber in der Tat keine zusätzlichen Institutionen oder Personen, die noch außerhalb von Schulen und

Ausschuss für Schule und Bildung (101.)
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (71.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

07.09.2021

Kitas angesiedelt sind. Sonst haben wir genau das, was gerade beschrieben wurde. Dann müssen wir uns wieder Gedanken darüber machen, wie die Bildungslotsin oder der Bildungslotse die Familien erreicht, wie man die Familien in die Institutionen bekommt. Wir haben nicht umsonst bei den Familienzentren beispielsweise die Erziehungsberatung in die Einrichtungen geholt.

Letzten Endes ist es eine erweiterte Funktion von Schulsozialarbeit, die diese Aufgabe da, wo sie die Ausstattung hat, auch erfüllt. Markus Schön hat es eben am Beispiel der multiprofessionellen Teams deutlich beschrieben. Entscheidend ist nicht noch eine zusätzliche Person mit einem zusätzlichen Titel, sondern a) hinreichende Kapazitäten, nachhaltige Verankerung von Schulsozialarbeit und b) innerhalb der Schule eine entsprechende multiprofessionelle Kooperation, dass zum Beispiel die Lehrkraft, die das Kind am besten kennt, gemeinsam mit der Schulsozialarbeit die Bildungslotsenfunktion sicherstellt. Das heißt, es gibt Ressourcenvoraussetzungen, und es gibt Voraussetzungen innerhalb der Organisation. Damit sind wir eigentlich wieder am Anfang, Stichwort „aus einer Hand“.

Vorsitzende Kirstin Korte: Ein herzliches Dankeschön für ganz viele Dinge, die Sie uns erläutert haben, die wir jetzt auswerten.

Verbunden mit dem Dank an den Sitzungsdokumentarischen Dienst kann ich Ihnen sagen, dass das Protokoll dieser Anhörung bis zum 27. Oktober zur Verfügung gestellt wird. Danach kann der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sein Votum abgeben. Im Ausschuss für Schule und Bildung werden wir die heutige Anhörung am 10. November auswerten und dann entsprechend votieren.

Ich darf mich bei Ihnen allen – das gilt sowohl für die Damen und Herren hier im Plenarsaal als auch für die beiden zugeschalteten Herrschaften – ganz herzlich für Ihre Anwesenheit und die vielen Dinge, die Sie uns mitgeteilt haben, bedanken.

Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen aus beiden Ausschüssen und wünsche allen noch einen konstruktiven Abend.

gez. Kirstin Korte
Vorsitzende

Anlage

11.10.2021/25.10.2021

10

**Anhörung
des Ausschusses für Schule und Bildung und
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend**

**Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben.
Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/13777

am 7. September 2021,
14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, Plenarsaal

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Vorsitzende Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V. Professorin Dr. Gaby Flößer Wuppertal	Prof. Dr. Gaby Flößer Manfred Walhorn	17/4252
Landeschüler*innenvertretung NRW Düsseldorf	Pia Sophie Kogler Julius van der Burg	---
Landeselternkonferenz LEK NRW Anke Staar Dortmund	Anke Staar Stefanie Peter Krüger	17/4254
Universität Duisburg-Essen Professorin Dr. Sybille Stöbe-Blossey Forschungsabteilung Bildung, Entwick- lung, Soziale Teilhabe (BEST) Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) Duisburg	Prof. Dr. Sybille Stöbe- Blossey	17/4240
Stadt Krefeld Stadtdirektor Markus Schön Geschäftsbereich IV - Bildung, Jugend, Arbeit, Sport, Migration und Integration Krefeld	Markus Schön	17/4260
Westfälische Wilhelms-Universität Institut für Erziehungswissenschaft Professor Dr. Wolfgang Böttcher Arbeitsgruppe Qualitätsentwicklung und Evaluierung Münster	Prof. Dr. Wolfgang Böttcher	17/4251

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
komba gewerkschaft nrw Sandra van Heemskerk Köln	Sandra van Heemskerk Jasmin Jestel	17/4250
Wübben Stiftung gGmbH Dr. Markus Warnke Düsseldorf	Dr. Markus Warnke	17/4256
Katholische Elternschaft Deutschlands – Landesverband NRW Andrea Honecker Bonn	Andrea Honecker	17/4257
Prof. Dr. Wolfgang Schröder Universität Hildesheim, Inst. für Sozial- und Organisations- pädagogik Hildesheim	Prof. Dr. Wolfgang Schröder <i>(per Videozuschaltung)</i>	17/4263